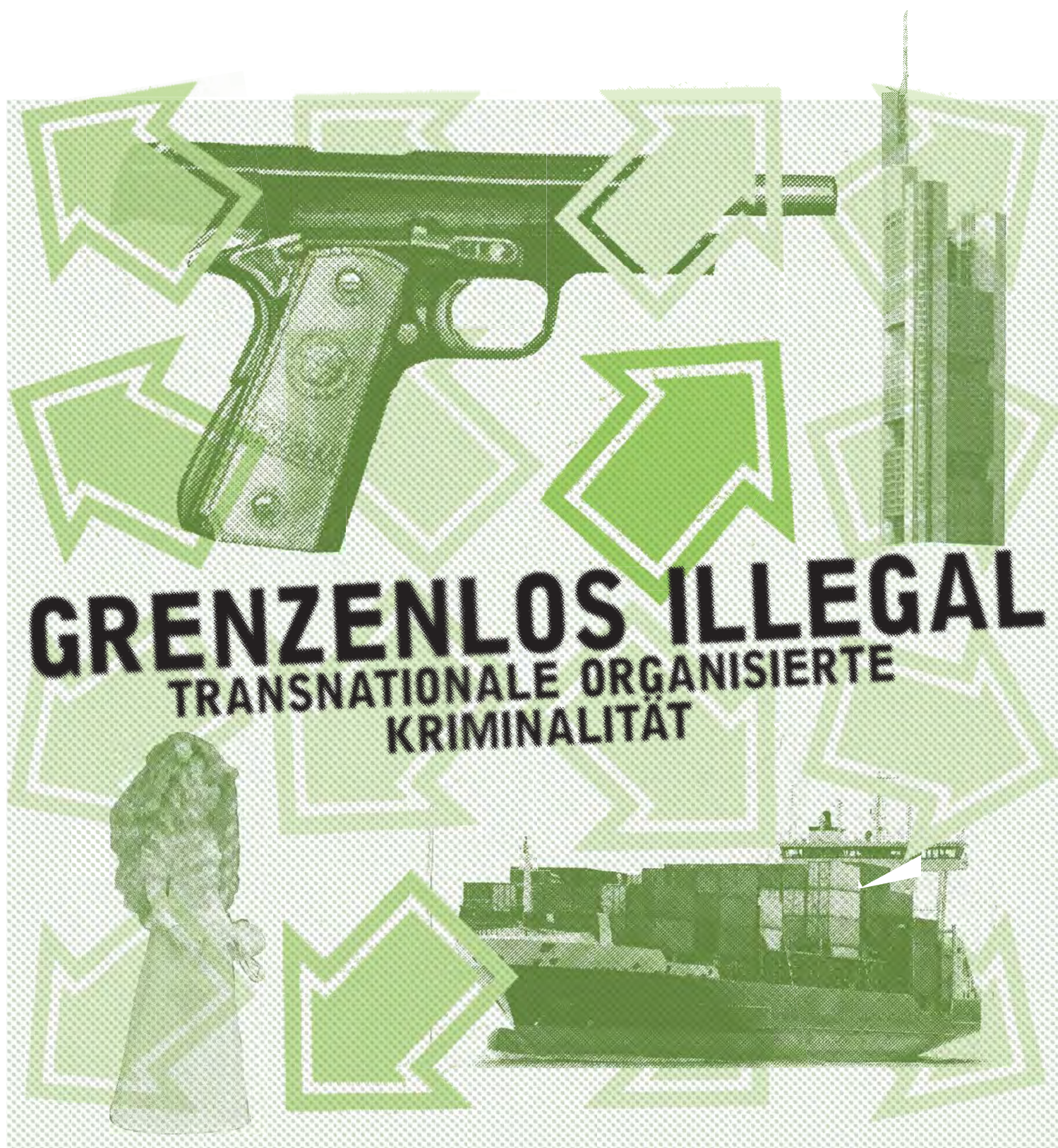




DER BESONDERE TIPP

Veranstaltungen

Die Welt zehn Jahre nach 9/11 Eine außen- und sicherheitspolitische Bilanz des 11. September 2001

Do 16. – Fr 17.6. Außenpolitische Jahrestagung
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

In Zusammenarbeit mit dem European Council on Foreign Relations will die Heinrich-Böll-Stiftung die großen Linien der Veränderungen seit dem 11. September 2001 und die Ursachen für die skizzierten Fehlentwicklungen zur Debatte stellen.

Dabei soll auch das Spannungsfeld zwischen Moral und Realpolitik des letzten Jahrzehnts und dessen praktizierte selektive Außenpolitik aufgezeigt werden. Vor allem aber soll die Tagung mögliche Lösungswege aus außenpolitischen Dilemmata eruieren und angesichts der Paradigmenwechsel in Folge von «9/11» Lehren für die Zukunft erörtern, die sowohl die neuen Herausforderungen und alten Allianzen als auch die außenpolitischen Chancen innerhalb einer veränderten Welt berücksichtigen.

Informationen und Anmeldung: www.boell.de

Was ist der deutsche Traum? Mittendrin oder nur irgendwie dabei?

Mi, 29. Juni, 9–18 Uhr Konferenz
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund in der deutschen (Kommunal-)Politik

Mit: Ergun Can (Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger/innen), Renate Künast (MdB, B'90/Die Grünen), Dr. Markus Linden (Universität Trier), Laure Michon (Department of Research and Statistics, Amsterdam), Günter Piening (Beauftragter für Integration und Migration in Berlin)

Informationen und Anmeldung: www.boell.de

Ausstellungen

Tschernobyl 25 – Expeditionen

Mit einer Ausstellung, zahlreichen Diskussionen, Lesungen und einem internationalen Symposium erinnern die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Kooperationspartner an den GAU in Tschernobyl vor 25 Jahren. Das internationale Verbundprojekt zieht u. a. nach Kiew, Warschau, Freiburg und Brüssel weiter. Ein Dossier gibt Informationen sowie Eindrücke von der Ausstellung «Straße der Enthusiasten», von die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Stadt Prypyat nahe des Unglücksortes zeigt.

Informationen unter: www.tschernobyl25.de

Verlacht, verboten und gefeiert

Mo, 4. Juli, 18.30 Uhr Ausstellungseröffnung
mit historischer Sportschau

Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Ausstellung ist bis zum 28. Juli 2011 in der Stiftung zu sehen.

Ausstellungen

Böll-Arena zur Fußball-WM GENDER KICKS 2011

Vom 26. Juni bis zum 17. Juli ist Fußball-WM in Deutschland – die 6. WM der Frauen. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist mit am Ball. Wir beleuchten die Fußballkultur der teilnehmenden Länder, schauen aber auch über den Stadionrand hinaus und fragen: Ist Fußball für Frauen ein Emanzipationskick? Auf den Webseiten www.boell.de und www.gwi-boell.de begeben wir uns in die Quartiere aller WM-Teams und beleuchten geschlechterdemokratische Prozesse im jeweiligen Land.

Unsere Tourzeitung: Kick it like Bajramaj;

Download unter: www.boell.de/publikationen

Informationen: www.boell.de

Publikationen

Buen Vivir. Recht auf gutes Leben – Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur

Von Thomas Fatheuer

Diskussionen zum derzeitigen Produktions- und Konsummodell gibt es längst auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. In Ecuador und Bolivien hat das Recht auf ein gutes Leben Verfassungsrang erhalten. «Buen Vivir» beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen.

Schriften zur Ökologie, Band 17, HBS, Berlin, Mai 2011, 32 Seiten, ISBN 978-3-86928-056-1

Urban Futures 2050 – Szenarien und Lösungen für das Jahrhundert der Städte

Schriften zur Ökologie, Band 18, hbs, Berlin, Mai 2011, 176 Seiten, ISBN 978-3-86928-057-8

Marginal Oil – A Report written by Lorne Stockman and Sarah Wykes

Edited by the Heinrich Böll Foundation in Cooperation with Friends of the Earth Europe, Berlin, May 2011, 40 pages

Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in verschiedenen Sozialen Netzwerken aktiv.

→ Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung auf **Facebook** unter www.boell.de/facebook

→ sehen Sie Filme und Videos bei **YouTube**: www.boell.de/youtube

→ Bilder bei **Flickr** www.flickr.com/photos/boellstiftung

→ oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der Stiftung über den Kurznachrichtendienst **Twitter** unter www.twitter.com/boell_stiftung.

Wie immer bieten diese Netzwerke einen Rückkanal, über den Sie mit uns in Kontakt treten können.

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030–28534–0
F 030–28534–109
E thema@boell.de
W www.boell.de/thema

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger

Redaktionsassistentin

Susanne Dittrich

Mitarbeit

Regine Schönenberg
Annette von Schönfeld
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Gestaltung

Blotto Design, Berlin
www.blottodesign.de

Druck

agit-Druck, Berlin

Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m² matt hochweiß,
Recyclingpapier aus 100% Altpapier
Umschlag: Clarosilk, 200g/m²

Bezugsbedingungen

zu bestellen bei oben genannter Adresse

Die Broschüre «Kick it like Bajramaj»
liegt einer Teilaufgabe bei.

Die einzelnen Beiträge stehen unter der
Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

NICHTS IST O.K.

VON BARBARA UNMÜSSIG

Drogenkrieg in Mexiko mit Zehntausenden von Toten, spektakuläre Aktionen der italienischen Mafia, Drogenanbau in Afghanistan – davon hören wir ab und zu in den Medien. Aber Hand aufs Herz: Das reicht uns auch. So ganz genau wollen wir eigentlich nicht wissen, was es mit der organisierten Kriminalität auf sich hat. Wie sie die Politik und den Alltag in vielen Ländern der Welt infiltriert und zu dominieren beginnt.

Auch in Deutschland. Die organisierte Kriminalität ist längst bei uns angekommen. Sie gehört deshalb in den öffentlichen Diskurs und auf die politische Agenda. Organisierte Kriminalität kennt keine Grenzen. Um sie zu bekämpfen, muss auch die internationale Gemeinschaft viel enger zusammenarbeiten. Aber die transnationale organisierte Kriminalität (TOK) erfährt weit weniger politische Aufmerksamkeit als der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Viele Sicherheitsexpert/en/innen halten das für einen großen Fehler.

Im blutigen Kampf um territoriale und wirtschaftliche Einflussphären verlieren jährlich Tausende Menschen ihr Leben. Ob im Menschen-, Drogen- oder Waffenhandel: Gewalt ist an der Tagesordnung, Menschenrechte werden mit Füßen getreten. Die graduelle Ausbreitung illegaler Praktiken (Schmier- und Schutzgeld, Geldwäsche, Korruption) unterhöhlt mehr und mehr demokratische Institutionen und gefährdet jedes Gemeinwesen. Fragile Staatlichkeit wird noch verschärft und befördert. TOK ist ein politischer und ökonomischer Machtfaktor. Hunderte Milliarden werden weltweit jährlich mit illegalen Geschäften verdient und verschoben, vorbei an jeder Staatskasse. «In mehr als 70 Prozent der mexikanischen Kommunen hat die organisierte Kriminalität unmittelbaren Einfluss auf die lokale Politik», sagt der Ökonom und Jurist Edgardo Buscaglia. Weltweit gibt es leider unzählige Möglichkeiten, illegal verdientes Geld zu waschen und wieder in den legalen Geldkreislauf einzuspeisen. Auf den Routen der Geldwäsche hat auch Deutschland seinen Platz.

Da sich die Heinrich-Böll-Stiftung in Ländern engagiert, in der organisierte Kriminalität zum Alltag gehört, wollen wir in diesem Heft zeigen, wie sie arbeitet, wie sie sich tarnt, wie sie sich vernetzt.

Dazu werfen wir den Blick in verschiedene Regionen der Welt: Arun Kumar schildert das Problem der Geldwäsche in Indien, Jürgen Roth schreibt über die organisierte Kriminalität in Deutschland, Myriam Dunn Cavelty und Gabriel Brönnimann führen uns in die Welt des Cybercrime ein und Edgardo Buscaglia berichtet über den enormen Einfluss krimineller Gruppen auf die mexikanische Politik. Und wir stellen Fragen: Welche Rolle spielen die Routen der TOK und wie funktionieren sie? Wie stark trägt die Globalisierung dazu bei, dass sich die Grenzen zwischen legal und illegal immer mehr verwischen? Und wer definiert eigentlich im Weltmaßstab, was legal oder illegal ist?

Nichts ist o.k. mit TOK. Sie untergräbt und bedroht demokratische Strukturen. Die meisten Initiativen, die versuchen, die Ausbreitung von TOK zu bremsen, sind nicht (lange) erfolgreich. Es ist einfach zu viel Geld im Spiel.

Dennoch: Es gibt hoffnungsvolle Ansätze. Beispielhaft stellen wir zwei Initiativen vor: Verena Zoppei berichtet über die Arbeit von FLARE, einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk mit Hauptsitz in Italien, das die europäische Politik für dieses Thema zu gewinnen versucht. Und Ignacio Cano schildert, welche Initiativen es in Rio de Janeiro gibt, um organisierte Kriminalität einzudämmen. Großereignisse wie die Fußball-WM 2014 und die Olympiade 2016 treiben die Regierung an, mehr Sicherheit für die Bevölkerung und die internationalen Gäste in der Stadt zu schaffen, in der Drogendealer ganze Territorien kontrollieren.

Wir müssen die TOK sehr ernst nehmen. Das bedeutet zuerst, dass wir mehr über sie wissen müssen. Das gilt auch für die (internationale) Politik. Sie muss aufwachen – wenn ihr eine demokratische Welt am Herzen liegt. ■■■

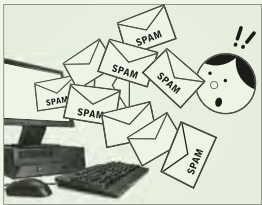


Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

böll

THEMA

Nr. 3
2011



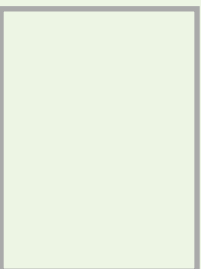
9



13



18



24

TREFFPUNKT

- 4 **Grenzenlos illegal** — eine Einführung
*Von Annette von Schönfeld & Regine
Schönenberg*
- 6 **Falsche Freunde** — warum organisierte
Kriminalität kaum messbar ist *Von Philipp
Panizza*

GRENZÜBERSCHREITUNG

- 7 **Das Schmuggel-Virus** — über die Einfallstore
des weltweiten Verbrechens *Von Carolyn
Nordstrom*
- 9 **E-Mail für dich** — über gefährliche Geschäfte
im Internet *Von Myriam Dunn Cavaity &
Gabriel Brönnimann*

- 11 **Schatten der Globalisierung** —
Geschichte und Zukunft internationaler
Kriminalitätsbekämpfung *Von Regine
Schönenberg*

ORTSTERMIN

- 13 **Kokain im Huckepack** — warum ein
vorschriftsmäßig ausgestattetes Honighaus in
Amazonien auf Abwege führen kann
Von Regine Schönenberg
- 15 **«Die Profite müssen raus»** — wie den
Drogenkartellen in Guatemala der Boden
entzogen werden könnte *Ein Gespräch mit
Tom Koenigs*
- 17 **«Ich werde sowieso nicht älter als 19»** —
warum sich Jugendliche in Zentralamerika von
Kriminalität angezogen fühlen *Ein Gespräch
mit Wolfgang Hees*

AUF DEN ROUTEN

- 18 **Der Fall Rio de Janeiro** — wie sich Brasiliens
Hauptstadt für die Weltmeisterschaft und die
Olympischen Spiele rüstet
Von Ignacio Cano
- 20 **Bestechende Argumente** — warum die
Intervention in Afghanistan kein Siegeszug
gegen die Korruption sein kann
Von Florian Kühn

- 22 **Das exportierte Problem** — warum westliche
Denkmuster in Bosnien-Herzegowina nicht so
einfach greifen *Von Berit Bliesemann de
Guevara*
- 24 **Tatort Arbeitsplatz** — über die unheilige
Allianz von illegalen und legalen Geschäften am
Beispiel Indiens *Von Arun Kumar*
- 26 **«Es hilft niemandem, die Toten zu zählen»** —
was Europäer über den Drogenkrieg in Mexiko
begreifen müssen *Ein Gespräch mit Edgardo
Buscaglia*
- 29 **«Goldkettchen sind passé»** — wie sich die
russische Mafia tarnt *Ein Gespräch mit Elena
Panfilowa*

RÜCKREISE

- 30 **Kein schöner Land** — warum die organisierte
Kriminalität in Deutschland auf fruchtbaren
Boden fällt *Von Jürgen Roth*
- 33 **«Irgendwie cool»** — das Netzwerk FLARE will
im Kampf gegen die weltweiten Verbrechen
die Jugend ins Boot holen *Ein Gespräch mit
Verena Zoppei*
- 34 **Omerta in Deutschland** — ein Plädoyer
gegen die Strategie des Schweigens und
Verschweigens *Von Rainer Nübel*

AUF DEN ROUTEN – FORTGEFÜHRT

- 37 **Menschenskino** — wie mexikanische
Filmemacher für ihre Landsleute kämpfen
Von Nina Mikolaschek

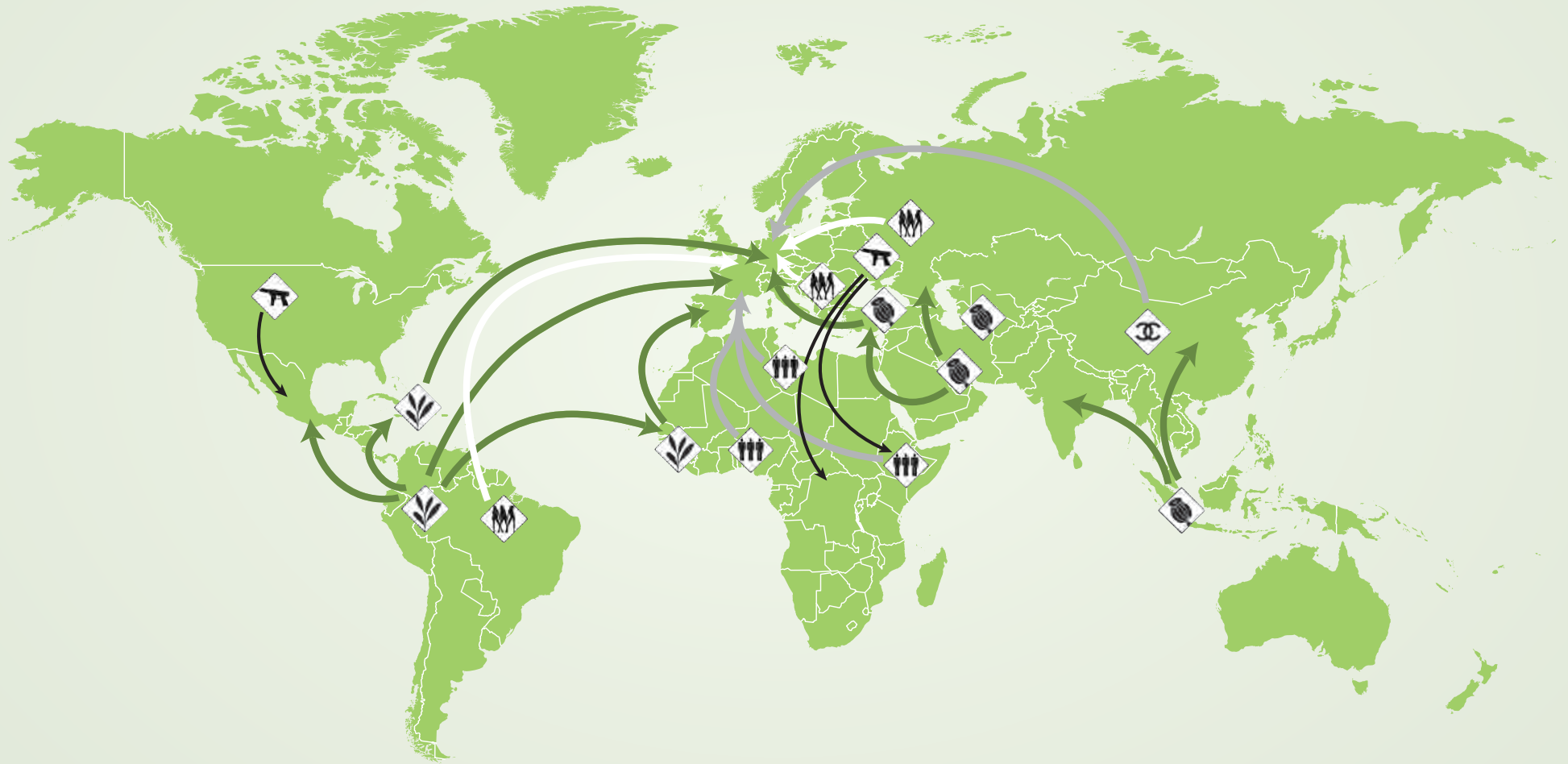
IM NETZ

www.boell.de/thema

«Die Täter sind uns um Längen voraus» —
warum Berlin ein Sonderfall ist
Ein Gespräch mit Michael Böhl

Gefahrengut — im Zentrum der
Ermittlungen gegen Menschenhandel stehen
die Opfer *Von Bärbel Uhl*

WELTKARTE DES ORGANISIERTEN VERBRECHENS



Waffen



Menschenhandel (79% weiblich / 21% männlich)
für Prostitution (79%) und Zwangsarbeit (18%)



Flüchtlinge



Kokain



Opium/Heroin



Produktpiraterie

Die organisierte Kriminalität hat ein neues Gesicht bekommen. Sie ist aufgebaut wie ein modernes Unternehmen, vernetzt über alle Grenzen hinweg und hat sich längst einen Platz in der legalen Wirtschaft erobert

GRENZENLOS ILLEGAL

VON ANNETTE VON SCHÖNFELD & REGINE SCHÖNENBERG

Sobald wir organisierte Kriminalität (OK) hören, läuft vor unserem inneren Auge ein ganz bestimmter Film ab, der sich seinerseits aus spektakulären Filmausschnitten, Krimipassagen und entsprechenden Pressemeldungen zusammensetzt. Sie scheint uns weit entfernt und für unseren Alltag nicht besonders relevant.

Organisierte Kriminalität gibt es schon lange. Aber der Fall der Mauer und der Niedergang des Sozialismus sowie eine neue Dimension der Globalisierung haben vor allem für die transnationale organisierte Kriminalität (TOK) neue Bedingungen geschaffen. Folgende Aspekte haben entscheidend dazu beigetragen:

- Der Siegeszug einer ungehemmten Marktwirtschaft hat moralische Erwägungen des Handelns weitgehend außer Kraft gesetzt: Erlaubt ist, was geht und kurzfristig viel Geld bringt. Diese Grundhaltung hat zur Verwischung der Grenze zwischen Legalität und Illegalität maßgeblich beigetragen.
- Die zahlreichen neuen, offenen Grenzen haben bestimmten TOK-Branchen logistische Vorteile gebracht, zum Beispiel dem Schmuggel und Handel mit verbotenen Gütern (Drogen, seltene Arten, Organe etc.); aber auch sich schließende Grenzen wie die Schengen-Außengrenzen der EU und die Südgrenze der USA haben die TOK beflügelt, besonders den Menschenhandel.
- Die mit der Globalisierung einhergehende Privatisierung und Internationalisierung öffentlicher Aufgaben haben den Staat weltweit geschwächt. Besonders in der Phase, in der noch unklar ist, wie die Aufgaben neu verteilt werden, führt das zu Intransparenz und Regulationslücken, die von der TOK genutzt werden.
- Die Expansion der internationalen Finanzmärkte und hierbei besonders die

«DIE LEGALE WIRTSCHAFT IST AUF UNSER ILLEGALES GELD ANGEWIESEN»

Maurizio Prestieri,
ehemaliger Camorra-Boss,
im Interview mit Roberto
Saviano, *Zeitmagazin* vom
18. März 2011

Zunahme und wachsende Geschwindigkeit von internationalen Geldtransfers begünstigen illegalen Handel und Geldwäsche.

Diese veränderten Bedingungen haben bei der TOK dezentrale Organisationsformen und Netzwerke mit vielen Köpfen geschaffen. Den Boss oder «Paten», der alles kontrolliert, gibt es immer seltener. TOK-Strukturen ähneln heute immer mehr denen transnationaler Konzerne. Niemand hat die volle Kontrolle, niemand ist unersetzbar, egal in welcher Führungsposition.

Eine zentrale Rolle haben heute die Routen. Auf ihnen wird alles gehandelt, was illegal ist. Entscheidend ist die umfassende Kontrolle eines Routenabschnitts, eines Handelsweges, der den reibungslosen Güterverkehr garantiert. Die Produkte werden immer austauschbarer (Drogen, Menschen, Kaviar etc.), die Organisation des Vertriebes der illegalen Güter wird immer stärker international vernetzt. Und spätestens damit sind wir bei uns: Europa und auch Deutschland haben auf diesen Routen ihren festen Platz: Geldwäsche, Drogenhandel, Menschenhandel, Zigarettenhandel und Schmuggel von Markenprodukten und Waffen – dies alles gibt es bei uns auch; und es beginnt über die Absicherung dieser Routen nach innen auch in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu wirken.

Die Grauzone zwischen legal und illegal wird immer größer und TOK nach und nach zu einem integralen Bestandteil der legalen Wirtschaft. Gewaschenes Geld fließt in legale Unternehmen im Land und bildet oft einen erheblichen Marktanteil (vgl. Artikel von Arun Kumar, S.24). Auch als Arbeitgeber wird TOK in dem Maße interessant, wie sich auf dem Arbeitsmarkt die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität verwischen. Manchmal ist es lukrativer und sicherer, für illegale Organisationen zu arbeiten, als für an der Grenze der Legalität operierende ausbeuterische Leiharbeiterfirmen.

Folgende Geschäftszweige werden von transnational organisierter Kriminalität (TOK) bespielt:

DROGEN

Heroin / Kokain / Crack /
Amphetamine (ATS) / Cannabis

WAFFEN

Schmuggel von Waffen in Krisenregionen /
Handel mit nichtregistrierten Waffen / Handel
mit gefährlichen Waffenkomponenten, inkl.
Nuklearmaterial

MENSCHENHANDEL

Frauen für Zwangsprostitution / Kinderhandel /
Schleppertum für illegale Arbeitsverhältnisse
oder illegale Einwanderung / Organhandel /
Kidnapping

WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRIMINALITÄT

Schutzgelderpressung / Bestechung und
Erpressung / Geldwäsche / informelle Bank-
systeme (Hawala) / Terrorismusfinanzierung /
Insidergeschäfte und Spekulation / Schmuggel

POLITISCHE KRIMINALITÄT

Staatskorruption (aktiv/passiv) /
Netzwerkriminalität

UMWELTKRIMINALITÄT

Giftmüllschmuggel und illegale Entsorgung /
illegaler Handel mit Edelhölzern und
seltenen Arten

INTERNET

Pädophilie im Internet / Phishing / Cybercrime

FÄLSCHEN UND KOPIEREN

Markenprodukte / Medikamente / Geld / Aus-
weispapiere / Musik- und Filmpiraterie

WEITERE VERBRECHEN

Terrorismus / Motorradbanden / Piraterie auf
dem Meer / auf Flüssen und auf Fernstraßen /
illegaler Handel mit Diamanten und Drogen



Annette von Schönfeld Publizistin, ist seit 2006 Leiterin des Lateinamerikareferates der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. 2004-2006 leitete sie die Kampagne «Menschenrecht Wasser» bei Brot für die Welt. Mit den thematischen Schwerpunkten Demokratie, Menschenrechte und Stadtentwicklung hat sie mehr als 10 Jahre staatliche und nichtstaatliche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika (Chile, Nicaragua, Guatemala und Brasilien) koordiniert.



Regine Schönenberg studierte Politikwissenschaften in Bonn, London, Berlin und Belém. Sie beschäftigt sich mit der Kriminalisierung sozialer Transformationsprozesse, der Natur von Wissen und interkulturellem Lernen. Ihr regionaler Schwerpunkt liegt hierbei seit über 20 Jahren in Amazonien, seit 2008 ist Indien hinzugekommen.

Es sind sehr unterschiedliche Zahlen darüber zu finden, welchen Anteil TOK an den nationalen Ökonomien hat und wie viele kriminelle Taten es gibt. Auch in diesem Heft kommt kaum ein Artikel ohne Zahlen aus. Wir sind uns dessen bewusst, dass diese Zahlen immer erklärungsbedürftig sind und dass es enorm schwer ist, die Vergehen der organisierten Kriminalität in der Grauzone zwischen legal und illegal statistisch korrekt und aussagekräftig zu erfassen. Der Artikel von Philipp Panizza (S.6) geht deswegen explizit auf dieses Thema ein.

Heute hat TOK eine Vielzahl von «Geschäftszweigen» (siehe Kasten). Dabei hängt es von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen ab, wo und inwieweit sich diese Aktivitäten in einem Land ausbreiten können. Folgende Punkte begünstigen die Existenz und das Agieren von TOK in besonderem Maße:

- Schwache formale Institutionen (Polizei, Finanzmarktkontrollen, Kartellaufsicht, Landmarktkontrolle, Kontrolle öffentlicher Ausschreibungen, ineffiziente öffentliche Dienstleistungen etc.), Staat mit Legitimitätsproblemen
- Inadäquate Gesetze und Verbote (häufig international induziert)
- Straflosigkeit wegen eines langsamen, unterfinanzierten und/oder korrupten Justizapparates
- Keine öffentliche Sicherheit und das Fehlen weiterer staatlicher Dienstleistungen
- Existenz bewaffneter Gruppen (oft Ex-Milizen)
- Ungeordnete Urbanisierung
- Von der Mehrheitsgesellschaft isolierte Diaspora

Sobald TOK strukturell, meist in der Form von Netzwerkriminalität (eine Hand wäscht die andere), in die Gesellschaft eingedrungen ist, beginnt sie, demokratische Strukturen zu bedrohen. Der illegale Austausch zwischen Bürokraten, Politikern und

Geschäftswelt wird institutionalisiert, das Macht- und Gewaltmonopol des Staates untergraben.

Um der wachsenden Unsicherheit zu begegnen, werden Sicherheitsaufgaben zunehmend privatisiert – was das Gewaltmonopol des Staates noch zusätzlich schwächt. Die als Bestandteil von TOK stetig wachsende Korruption unterwandert demokratische Entscheidungen und befördert Geld = Machtstrukturen. Und so ersetzen die wachsenden Netzwerke des Gebens und Nehmens zunehmend rechtsbasierte Politiken.

Insgesamt sind die Herausforderungen durch TOK so groß, dass es keine einfachen Lösungen geben kann. Wir plädieren fürs Hingucken statt Weggucken – durch konsequente Beschäftigung mit dem Thema in all seinen Verflechtungen mit unserem Alltagsleben. Wir sollten

- TOK als Tatsache anerkennen, international und hier;
- aufklären über den hohen Preis, den wir für TOK zahlen, vor allem in Hinblick auf Gesellschaftsstrukturen und Demokratie;
- die Ursachen von TOK reflektieren, sprich soziale Ungleichheit, aber auch fehlende Akzeptanz der verschiedenen Definitionen dessen, was legal oder illegal ist;
- die Herausforderung der unglaublichen Geldmengen thematisieren, die über TOK bewegt werden, und Korruption zum öffentlichen Thema machen;
- eindeutige Politik zu TOK einfordern, sprich Gesetze, die auch umgesetzt werden können; ebenso finanzielle und personelle Ausstattung unabhängig ermittelnder Staatsanwaltschaften;
- eine moralische Debatte anstoßen über die aktuellen und in der Zukunft wünschenswerten Formen sozialer Reproduktion in unserem Lande! ■■■

Um organisierte Kriminalität anschaulich zu machen, werden gern allerlei Statistiken und Fakten bemüht – um dann mit ihnen Politik zu machen. Dabei ist Kriminalität in Wirklichkeit kaum messbar.

FALSCH FREUNDE

VON PHILIPP PANIZZA

Um Thesen untermauern zu können, benötigt man bekanntlich verlässliche Fakten, Zahlen, Statistiken. Wer Behauptungen über kriminelles Verhalten wagt, unterstellt also, dass Kriminalität messbar ist. Wie jedoch lässt sich Kriminalität messen? Wie kann man zum Beispiel zuverlässig herausbekommen, wie viele Autos jährlich in Deutschland gestohlen werden? Oder wie hoch der Anteil an illegalen Geschäften in der deutschen Volkswirtschaft ist? Und: Kann man Delikte in Deutschland mit jenen in Afghanistan überhaupt vergleichen?

Nähern wir uns der Frage der Messbarkeit, indem wir versuchen, die erste Frage zu beantworten. Wie viele Autos werden jährlich gestohlen? Hier hilft die Kriminalstatistik der Polizei weiter: Dort werden alle gemeldeten Fälle von Autodiebstahl in Deutschland registriert und veröffentlicht. Für das Jahr 2009 wurden insgesamt 40.375 Diebstähle von «Kraftwagen» angezeigt. Hieraus lässt sich jedoch nicht zwangsläufig schließen, dass tatsächlich genau 40.375 Autos gestohlen wurden. Zum einen ist davon auszugehen, dass es mehr Autodiebstähle gab, als der Polizei gemeldet wurden. Zum anderen wurde ein Teil der gemeldeten Autos vermutlich gar nicht gestohlen, sondern nur als solches bei der Polizei gemeldet. Also sind die Daten der amtlichen Kriminalstatistik nur dann hilfreich, wenn die registrierten Fälle betrachtet werden sollen.

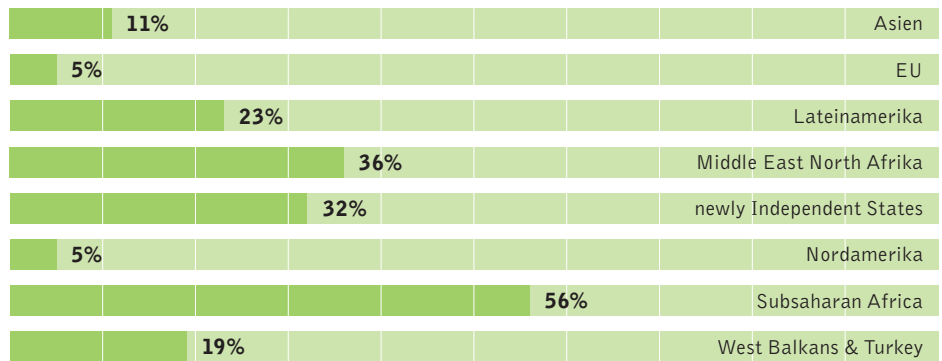
Noch schwieriger ist es herauszufinden, wie viel von dem Reichtum eines Landes illegal erwirtschaftet wurde. Hierfür müsste man den Anteil des illegal erwirtschafteten Vermögens mit dem Anteil des legal erwirtschafteten vergleichen. Es liegt jedoch in der Natur illegaler Handlungen – wie beispielsweise Steuerhinterziehung und Drogenhandel –, dass diese nicht registriert werden und ihr Ausmaß nur geschätzt werden kann.

Neueste wissenschaftliche Methoden suchen nach Klarheit, indem sie den Umlauf von Bargeld (häufigstes Zahlungsmittel illegaler Transaktion) und die allgemeine Steuerlast (illegale Tätigkeiten werden üblicherweise nicht besteuert) zur Hilfe nehmen. Der Anteil der sogenannten Schattenwirtschaft an der Gesamtwirtschaft in Deutschland wurde für das Jahr 2010 auf 14,7 Prozent geschätzt. Bei dieser Methode ist das Problem, dass nicht alle Tätigkeiten, die in bar bezahlt und nicht besteuert

Stelle liegt Dänemark mit 9,3 und an letzter Stelle Somalia mit 1,1. Grundlage für diese Bewertung ist jedoch die Korruption, die wahrgenommen wurde. Ob sie tatsächlich stattfand, kann und wird nicht gemessen.

Es scheint, dass Kriminalität tatsächlich nur bedingt messbar ist. Deutlich wird das auch, wenn Staaten und ihre organisierten Verbrechen miteinander verglichen werden. Bestimmte Delikte werden in einzelnen Ländern nicht nur auf unterschiedliche Weise definiert und registriert. Auch können kulturelle Unterschiede einen großen Einfluss auf die Bereitschaft des Befragten haben, auf die standardisierten Interviewfragen wahrheitsgetreu zu antworten.

Deshalb ist von allen ein kritischer Umgang mit Kriminalitätsdaten gefordert. Die aktuelle Debatte über das Ausmaß von Kriminalität unter Migranten zeigt, wie sehr die Aussagekraft von Statistiken an Grenzen stößt und sogar politisch missbraucht werden kann. ■■■



↑ Prozentsatz der Befragten, die berichten, im letzten Jahr ein Bestechungsgeld an mindestens einen von neun Anbietern gezahlt zu haben. (Globales Korruptionsbarometer 2010, www.transparency.de)

werden, unbedingt illegale sein müssen. Nach ihr fiel zum Beispiel die Zahlung von Taschengeld unter die Kategorie der Schattenwirtschaft, obwohl ihr in der Regel keine kriminelle Handlung vorausgeht.

Besonders schwierig wird es, wenn das Ausmaß von Korruption gemessen werden soll. Internationale Nichtregierungsorganisationen wie Transparency International erheben dafür Daten aus repräsentativen Interviews. Untersucht wird dabei, wie oft und unter welchen Umständen der Befragte Zeuge von Korruption wurde. Ähnlich wie bei Umfragen zu Wahlen werden die Antworten auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Für das Jahr 2010 errechnete Transparency International für Deutschland einen «Corruption Perception Index» von 7,9 auf einer Skala von 1 bis 10. An erster



Philipp Panizza hat Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Warwick University studiert und absolviert momentan seinen Master in International Economics und International Relations an der Johns Hopkins University, School of Advanced International Studies (SAIS).

Legale Geschäfte ohne illegale Komponente? No way! Ein literarischer Spaziergang durch die Einfallstore des weltweiten Verbrechens.

DAS SCHMUGGEL-VIRUS

VON CAROLYN NORDSTROM

Häfen müssen offen sein. Diese Worte des Zollbeamten fielen mir ein, als ich auf dem Frachter hockte, menschliche Ware, dem globalen Verbrechen auf der Spur. Ein unauffälliges Schiff, durchschnittlich groß, Tausende von Containern, eines von Zehntausenden derzeit auf See.

Ich sitze auf der Reling, sehe zu, wie ein Kran einen Container vom Schiff auf einen LKW lädt. Ein LKW, ein Container. Seit 27 Jahren bin ich Kranführer, hier in Los Angeles. Dass ein Container aufgemacht wird? Hab ich in all der Zeit noch nie erlebt. Ein Blick über die Docks und die Einzelheit geht ins Endlose, LKW auf LKW auf LKW erwartet seine Fracht, bringt sie in Krankenhäuser, Supermärkte, Fabriken. Auch mein Frachter ist Teil der riesigen Flotte, die die Welt umkreist. Hält man die Schiffe an, um sie zu überprüfen, sagen mir Hafenbehörden von Long Beach bis Singapur, dann steht ein ganzes Land still. Ein Kreisverkehr ohne Ende. Stoppt man ihn an einer Stelle, steht alles still.

Haben 'ne Ladung gefakte Barbies gefunden. Niemand weiß, wie viele Waffen, Menschen, Drogen hier verschoben werden – zusammen mit mir und den Barbies. Die meisten illegalen Waren, das habe ich in den drei Jahren und nach zahlreichen Gesprächen mit Händlern, Schmugglern und Fahndern gelernt, sind weitaus banaler, sind so langweilig, dass sie unter dem Radar bleiben. Geschmuggelte oder gefälschte Kleidung, Baumaterial, Software, Lebensmittel, Holz, Medikamente, Möbel und soweit bringen fette Profite. Das Gesamtvolumen dieses Handels – Hunderte Milliarden Dollar.

Schmuggelt man diese außergesetzlichen Güter in die in ständiger Bewegung befindlichen, weltwei-

ten Warenströme ein, entziehen sie sich fast jedem gesetzlichen Zugriff. Oder wie mir ein Polizist in Rotterdam sagte: Wollen Sie das Verbrechen verstehen, dann fangen Sie beim Güterverkehr an.

Dem könnte ich hinzufügen: Will man Wirtschaft und Finanzwesen verstehen, muss man beim Verbrechen anfangen. Jahre ethnografischer Forschung auf verschiedenen Kontinenten über das Verbrechen haben mich erkennen lassen, dass praktisch kein Gesetzeshüter, kein Geschäftsmann daran glaubt, es gebe legale Geschäfte ohne illegale Komponente. Schaut man sich den normalen Geschäftsbetrieb an, stellt man rasch fest, dass beispielsweise Zigarettensfirmen zwar den Schmuggel beklagen, andererseits aber wissen, dass dadurch ihr Marktanteil steigt.

Billionen kriminell erworbener Dollar werden mit Hilfe von Banken gewaschen

Doch, in unseren Häfen fangen wir Schmuggler, sagte mir ein US-Zollbeamter. Meist geht es dabei um Markenartikel. Das Problem ist die Strafverfolgung. Wir versuchen, jemanden vor Gericht zu bringen, und dann klingelt das Telefon und jemand aus Washington weist uns an, die Sache fallenzulassen.

Dieser «normale Geschäftsbetrieb» lässt sich auch in viel größerem Rahmen beobachten. Informelle Arbeit (außerhalb der Landwirtschaft) macht in entwickelten und in Schwellenländern zwischen der Hälfte und drei Viertel des Arbeitsmarktes aus. Oft handelt es sich dabei um Arbeit, die von Multis an Subunternehmer vergeben wird. Die Höhe der Steuern, die allein US-Firmen hinterziehen, übertrifft Jahr für Jahr die Einnahmen aus dem weltweiten illegalen

↑ Gefakte Barbie Puppe im Counterfeit Museum im Juni 2009 in Paris

Waffen- und Drogenhandel. Billionen außergesetzlich erworbener Dollars werden mit Hilfe von Banken, Börsen und Immobilien gewaschen, was Firmen wie Regierungen wirtschaftlich einiges einbringt – wie sehr sie sich auch von solchen Aktivitäten distanzieren. In der Buchhaltung sind Profite einfach nur Profite.

Häfen müssen offen sein. Ich saß am Hafen, Container flirrten vorbei, Legales und Illegales aus aller Welt. Der Kran hier war führerlos, eine Maschine. Von meinem Computer verschwanden ein paar Ordner. Sie rutschten den Bildschirm hinab, nach unten, dann waren sie weg. Schon wieder gehackt, Opfer von Cyberstalkern. Waffen, gefälschte Barbies und Raubkopien werden gemeinsam durch den Hafen geschleust. Eingeschleuste Software schickt meine Kontonummern, Adressbücher, Passwörter und die auf meinem MacBookPro gespeicherte Arbeit auf Reisen. Die Cyberstalker wussten, wo ich war. Ich sah, wie mein Blackberry wie von selbst ein GPS-Programm aktivierte. Hafenbehörden von Los Angeles bis Rotterdam versicherten mir, sie seien gegen das Verbrechen gewappnet. Apple und Blackberry sagen das auch. Als ich, in den USA, die Polizei davon informierte, wurde mir gesagt, solche Hacks seien gar nicht möglich. Das Mitte 2010, zu einer Zeit, als:

- Chris Paget einen IMSI-Catcher programmierte, mit dem sich alle mobilen GSM-basierten Handygespräche und Daten abgreifen lassen,
- Adam Laurie via Bluetooth auf Handydaten des britischen Parlaments zugreifen konnte
- Software, mit der sich Computer hijacken und ausspionieren lassen, online einfach zu finden war,
- die Sicherheitsfirma Lookout mitteilte, ein Viertel alle iPhone Apps und die Hälfte aller Android Apps enthielten einen Code, durch den unbemerkt Daten von Handys abgegriffen werden können.

Auf meine Frage, wie ich mich vor IMSI-Catchern, einer einfach erhältlichen Spyware, schützen kann, teilten mir die führenden Handyanbieter mit, sie hätten von dergleichen noch nie gehört, ihre Produkte ließen sich nicht hacken.

Wie es aussieht, haben wir noch nicht begriffen, welche Rolle der Schmuggel, welche Rolle Warenströme und Datenflüsse im 21. Jahrhundert spielen. Ohne Einschränkung und unbesehen strömen Waren aus unseren Häfen, und ähnlich verhält es sich mit Informationsgütern, mit sensiblen Daten und sicherheitsrelevanten Unterlagen. Vielschichtige politische und wirtschaftliche Mächte umziehen die Welt, breiten sich durch Container aus und ebenso auch digital.

Letztlich hängen all diese interkontinentalen Netzwerke zusammen, durchdringen Firmen und auch unser Zuhause. Die Schiffe und Flugzeuge, die ständig die Erde umkreisen, hängen mit den Lastwagen und Zügen zusammen, die Gutes wie Schlechtes in unsere Mitte tragen, und all dies hängt wiederum zusammen mit den gigantischen elektronischen Netz-

werken, die die Finanzmärkte ebenso bestimmen wie unser Wissen und unseren Informationsaustausch.

Die Ordnung des 21. Jahrhunderts ist deshalb so anfällig, da sie neu ist, fließend und im Übermaß auf Wechselbeziehungen beruht. Die Kriminellen haben diese Systeme und ihre Schwächen viel schneller verstanden als die Justiz. In einer Hafenbehörde sagte man mir: Um dagegen vorzugehen, müssten wir uns klarmachen, was die Ursachen des Verbrechens sind, wer darin verwickelt ist. Die Antwort: wir.

Warum eine Bank überfallen, wenn man sie hacken kann? Warum ein Land angreifen, wenn man es durch eine Computerattacke lahmlegen kann? Warum nicht mehr Profit machen, indem man schmuggelt? Und wie einfach ist es, einen wichtigen Hafen durch eine Bombe in einem Container oder einen Hackerangriff auszuschalten und so die Warenflüsse eines Landes zu unterbrechen?

In Häfen werden mehr Gesetze gebrochen als eingehalten – und niemand unternimmt etwas. In aller Welt bin ich durch «gesicherte» Häfen eingereist, und niemand hat mich daran gehindert. Heimlich wie ein Virus, schleicht sich jemand in meinen «gesicherten» Laptop, in mein Handy ein.

Würde uns das alles bewusst, wir müssten ganz neu denken, was «gesetzwidrig handeln» heißt, wie entscheidend es für die Weltwirtschaft ist. Können wir verhindern, dass die Trennung zwischen legal und illegal vollends aufgeweicht wird?

Wenn wir nichts unternehmen, setzen wir uns weiteren Finanzkrisen wie der von 2008 aus. Derartige Krisen lassen sich nur abwenden, wenn wir die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit – und eben nicht nur ihren legalen Teil – betrachten. Wie die Menschen im Mittelalter, die von Krankheiten hingerafft wurden, deren Ursachen sie nicht kannten, begreifen wir die sozioökonomischen Strukturen und Pathologien, die sich in unserer Welt herausbilden, nicht. Wenn die Wirtschaft faul und die Justiz unzeitgemäß ist, kann das ebenso tödlich sein wie Cholera oder Pest. ■■■



Carolyn Nordstrom ist Professorin für Anthropologie an der Universität von Notre Dame in Indiana, USA. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind politisch bedingte Gewalt, außergesetzliche Wirtschaftssysteme, Globalisierung und Genderfragen. Sie hat in vielen Teilen der Welt geforscht, speziell in Südafrika und Südasien. Sie ist Autorin verschiedener Bücher. Auf Deutsch liegt vor: *Leben mit dem Krieg: Menschen, Gewalt und Geschäfte jenseits der Front*, Campus Verlag, 2005.

«Let's talk business», sagte Michael Corleone 1972 in «Der Pate». Heute hätte er da einiges zu besprechen: Denn das organisierte Verbrechen agiert längst auch im Internet – sehr erfolgreich und bisweilen verführerisch nett.

E-MAIL FÜR DICH



VON MYRIAM DUNN CAVALTY & GABRIEL BRÖNNIMANN

Im Januar 2011 stahlen Unbekannte CO₂-Emissionspapiere im Wert von 30 Millionen Euro. Die weltweit größte Plattform für Emissionshandel musste ihn aus Sicherheitsgründen vorübergehend einstellen. Cyberkriminelle haben sich vermutlich mit Phishing-Attacken – also dem Stehlen von Login-Daten anderer Internetbenutzer – Zugang zu den Konten verschafft und von dort Papiere über Zwischentransaktionen verschoben. Europol vermutet, dass die Täter zum organisierten Verbrechen gehören – bisherige Ermittlungstätigkeit blieb erfolglos.

Der Coup der CO₂-Gangster ist nur ein – wenn auch spektakuläres – Beispiel von Cyberkriminalität. Man spricht zum einen von Computerkriminalität, also Straftaten, die mit dem Computer als Tatmittel begangen werden; die Internetkriminalität meint zum

anderen Straftaten, die explizit mittels Internet und Internet-Techniken begangen werden, wie etwa die oben genannten Phishing-Attacken. Die Definitionen sind in Deutschland im Strafgesetzbuch festgehalten; im Alltag, etwa bei der Kriminalprävention, spielen sie höchstens eine theoretische Rolle. Denn die Grenzen zwischen den beiden Bereichen sind fließend.

Wie groß ist die Bedrohung? Statistiken über Cybercrime sind mit Vorsicht zu genießen: Erstens ist es unmöglich, Daten exakt zu erheben, die Dunkelziffer ist zu hoch. Zweitens sind die wichtigsten Informationsquellen Firmen wie Symantec oder McAfee, die mit IT ihr Geld verdienen. Dennoch gibt es einen Trend: Die Zahl der kriminellen Angriffe nimmt stark zu und mit ihr der finanzielle Schaden.

Illustration: Ein Bonet-Betreiber (1) sendet einen Virus oder Wurm aus (2), infiziert private Rechner (3) mit einer hochgefährlichen Ladung – dem Bot (4). Der Bot auf dem infizierten PC loggt sich in einen Befehls- und Kontrollserver ein (5). Ein Spambetreiber (6) kauft den Service von dem Botnet-Betreiber. Der Spambetreiber bietet dem Botnet-Betreiber die Spam-Botschaften an (7), der den infizierten Maschinen über den Befehls- und Kontrollserver befiehlt (8), die Spambotschaften auszusenden (9).

Sorgen bereitet auch die zunehmende Professionalisierung der «Malware-Branche»: Aus Spam-E-Mails beispielsweise wurden gezielte Attacken mit personalisierten Texten. Hinter ihnen stecken organisierte Banden, die (etwa bei Banking- und Kreditkartenbetrug, angeblich heiratswilligen russischen Frauen oder gefälschter Sicherheits-Software) bisweilen gar persönlich telefonisch kontaktiert werden können. Immer häufiger sind solche Attacken auch in sozialen Netzwerken (wie zum Beispiel Facebook) zu finden oder werden zumindest dort vorbereitet.

Das Internet ist ein idealer Tummelplatz

Betroffen davon sind prinzipiell alle, die Computer benutzen und sich im virtuellen Raum aufhalten: Privatpersonen, kleine, mittelständische und große Firmen und nicht zuletzt Regierungen. Letztere sind allerdings bisher weniger Ziel krimineller Attacken im herkömmlichen Sinn, sondern von Cyber-Spionage. Diese politisch motivierte Spionage ist aber praktisch nicht von kriminellem Aushorchen und Informationsdiebstahl zu unterscheiden. Sie wird deshalb oft als Form von Internetkriminalität gewertet (und umgekehrt).

Wer sind die Täter? Kriminelle Umtriebe gibt es, seit es das Internet gibt. Ursprünglich waren es Einzeltäter: technisch versierte Individuen, die mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung ihr Unwesen trieben. Doch auch das traditionelle organisierte Verbrechen richtete sich ziemlich schnell im virtuellen Raum ein. In demselben Maße, wie das Internet legalen Geschäften neue Möglichkeiten eröffnete, veränderte und erweiterte es auch für die Umtriebe der Mafia. In vielerlei Hinsicht ist das Internet für organisierte Kriminalität ein idealer Tummelplatz: Vom einfachen Diebstahl (etwa dem Ausrauben von Online-Banken oder dem Diebstahl geistigen Eigentums) bis zu klassischen Mafiaverbrechen mit neuen Mitteln (Betrug, Fälschung und Erpressung) ist im Internet alles möglich.

Ein Trend der organisierten Kriminalität im Internet ist zurzeit der Identitätsdiebstahl. Mit technischer Raffinesse und verschiedenen Methoden (zum Beispiel durch Phishing, Pharming, Whaling oder Trojaner) gelangen Verbrecher an alle persönlichen Daten ihrer Opfer. Der Handel mit dem Diebesgut blüht: Die «Full Info» (Name, Adresse, Geburtsdatum, Nummer etc.) für Kreditkarten deutscher Bürger kostet auf einschlägigen Seiten weniger als 20 US-Dollar.

Auch für Geldwäscherei bietet das Internet fast unendlich viele Möglichkeiten: So gibt es Online-Casinos, Auktionsportale, in denen das Geld für scheinbar legitime Käufe von fiktiven oder absichtlich überteuerten Waren ausgegeben und so verschoben wird; Online-Games, bei denen Schwarzgeld in virtuelle Welten wie World of Warcraft oder Farmville und in virtuelle Gegenstände investiert wird, die dann wieder verkauft werden; schließlich E-Währungen – mittlerweile existieren viele Schattenwährungen neben den offiziellen staatlichen Währungen.

Auch die Geldwäsche über menschliche Zwischenhändler, die über das Internet rekrutiert werden, hat zugenommen, abzulesen an der steigenden Zahl entsprechender Mails. Weiter zu nennen sind der Drogen- und Medikamentenhandel, ein klassisches Mafia-Geschäft, das zunehmend im Internet betrieben wird.

Und nicht zuletzt sind Botnets Teil der professionell und international aufgestellten Schattenwirtschaft: Es handelt sich dabei um Hunderttausende gekaperte Privat- und Bürorechner, die von Cyberkriminellen ohne Wissen der Besitzer vernetzt und für ihre

Geschäfte missbraucht werden. Botnets werden von kriminellen Organisationen bewirtschaftet und vermietet (etwa für das Versenden von Spam und Malware oder für das absichtliche Überlasten von Servern). Gemäß Symantec kostete die Miete von 10.000 Bots (vernetzte Rechner in einem Botnet) im vergangenen Jahr nur 15 Dollar pro Tag.

Die organisierte Kriminalität wird der realen Welt erhalten bleiben

Die beinahe natürliche Verflechtung zwischen dem organisierten Verbrechen und dem Internet wird in Zukunft wohl noch enger werden. Die kriminellen Handlungen werden zunehmen, nach immer neuen Methoden, die schwierig zu bekämpfen sind. Dies wird aber nicht dazu führen, dass sich das organisierte Verbrechen allein auf das Internet konzentrieren wird. Die Geschäfte der Mafia in der realen Welt werden nicht verschwinden. Doch viele Eigenschaften des Internets kommen der organisierten Kriminalität entgegen: Die virtuelle Welt kennt keine Grenzen und erlaubt weitgehende Anonymität; das verzögert die Ermittlungen oder macht sie sogar unmöglich. Und findige Cyberkriminelle werden immer neue Schadprogramme entwickeln und neue Sicherheitslücken ausnutzen und so immer die Nase vorn haben. Der virtuelle Raum ist ein neues Eldorado für Gangster. Er bietet Verbrechern reale Möglichkeiten zur Profitmaximierung – bei überschaubarem Risiko.

Auch wenn der wirtschaftliche Schaden real und nicht wegzudiskutieren ist: Vorsicht ist geboten, was politische Schlüsse anbelangt. Zu oft kommt es in der politischen Debatte zu einer Vermischung: Aus Cybercrime wird Cyberterror wird Cyberkrieg – was der Tendenz zur «Versicherheitlichung» im Internet Vorschub leistet. Noch gibt es keinen Beweis, dass zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung ein wirkungsvolles und unverzichtbares Instrument gegen Cyberkriminalität ist. Die Internetkriminalität und die Debatte um sie haben das Potenzial, das Internet substantiell und nachhaltig zu verändern: weg vom freien und mehrheitlich unregulierten Raum hin zu zwei oder mehreren getrennten Netzen ohne Anonymität und mit kostenpflichtigen Diensten. Ob ein derart «versicherheitlichtes» Netz wirklich mehr Sicherheit bietet und so den Verlust des offenen und erfolgreichen Internets wettmacht, darf bezweifelt werden. ■■■



Myriam Dunn Cavelty leitet die Forschungsgruppe «Neue Risiken» am Center for Security Studies, ist Dozentin für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich und Fellow bei der Stiftung *neue verantwortung* in Berlin. Sie hat Internationale Beziehungen, Geschichte und Völkerrecht in Zürich studiert und absolvierte diverse Forschungsaufenthalte in den USA, Großbritannien und Skandinavien. Neben ihrer Forschungs- und Publikationstätigkeit berät sie Regierungen, internationale Institutionen und Unternehmen in den Bereichen Cybersecurity, Cyberware, Schutz kritischer Infrastrukturen, Risikoanalyse und strategische Früherkennung.



Gabriel Brönnimann arbeitet als Senior Researcher in der Forschungsgruppe «Neue Risiken» am Center for Security Studies der ETH Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte sind Cybersicherheitspolitik, Cyberkriminalität sowie der Einfluss neuer Medien und des Internets auf demokratische Prozesse. Er hat Englische Literatur und Sprache sowie Geschichte an der Universität Basel studiert.

Die organisierte Kriminalität kann sich beinahe ungehindert über Grenzen hinweg ausbreiten. Nationale Souveränität, ausgeprägte Partikularinteressen und bürgerrechtliche Bedenken beim Datenaustausch behindern die Arbeit der Polizei erheblich.

SCHATTEN DER GLOBALISIERUNG

VON REGINE SCHÖNENBERG

Mit der Zunahme des globalen Austauschs von Gütern, Informationen, Menschen und Kultur seit Anfang der 1990er Jahre gedeihen auch die illegalen Geschäfte über alle Grenzen hinweg. Schnelle soziale Transformationsprozesse drängen Teile der Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft und schaffen so Nährboden für ihre kriminellen Geschäfte. Die sogenannte Schattenglobalisierung kann sich ausbreiten, weil nationale und internationale Kompetenzen unübersichtlich oder gar nicht geregelt sind, und sie wird beflügelt von den neuen Kommunikationstechnologien.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität findet national wie international im Rahmen der jeweiligen Kräfteverhältnisse und Interessen der beteiligten Akteure ab. Sie spiegelt sich in der Höhe der Budgets für diejenigen, die mit Kriminalitätsbekämpfung zu tun haben: die Polizei, die Staatsanwaltschaften und Gerichte. Organisierte Kriminalität ist nur in Kooperation mit dem Staatsapparat denkbar; wird er schwach gehalten, könnte er bereits von kriminellen Netzwerken durchdrungen ist. Das geschieht zumeist nicht in Form von einfacher Korruption. Die organisierte Kriminalität verschafft sich Zugang zu Machtressourcen über ganz legale Netzwerke und unterwandert sie nach dem Prinzip: «Eine Hand wäscht die andere».

Obwohl die Instrumente im Kampf gegen die organisierte Kriminalität über die Grenzen hinweg immer mehr vereinheitlicht werden, stoßen die Praktiker, sprich die Polizeieinheiten und Gerichte, auch bei der Kooperation über die Grenzen hinweg immer wieder auf Hürden: nationale Souveränität, ausgeprägte Partikularinteressen und bürgerrechtliche Bedenken beim Datenaustausch behindern ihre Arbeit erheblich. Und so findet die Bekämpfung der Kriminalität eher in den informellen Räumen persönlicher Beziehungen statt – und ist deshalb den besser ausgestatteten kriminellen Netzwerken häufig nicht gewachsen. Die offiziellen Kooperationsabkommen zwischen den Ländern sind ein Ausdruck der sich immer komplexer gestaltenden internationalen Beziehungen: Es gibt immer mehr selbstbewusste Akteure, die sich weder in ihre nationale noch öffentliche Sicherheit von außen hineinregieren lassen.

Im Machtgefüge zwischen den Staaten sind die Durchsetzung von Kriminalitätskonzepten und die Bekämpfung von Kriminalität ein wichtiges Element beim Kampf um nationale Vormachtstellung.



↑ Bodyscanner der Transportation Security Administration

Geschichte der Konventionen und Institutionen internationaler Kriminalitätsbekämpfung

1909	Shanghai Opium Commission: 1. Drogenkontrollkonferenz
1937	Genf: 1. Terrorismusbekämpfungskonferenz
1950	Genf: UN Resolution 415 – Etablierung regelmäßiger Konferenzen zur Kriminalitätsbekämpfung
Seit 1955	Global Crime Reviews Arbeitsgruppe zu gemeinsamen Normen Information-Austausch-Netzwerk
Seit 1955	UN-Konferenzen zur Kriminalitätsbekämpfung: 1955 Genf, 1960 London, 1965 Stockholm, 1970 Kyoto, 1975 Genf, 1980 Caracas, 1985 Mailand, 1990 Havanna, 1995 Kairo, 2000 Wien & Palermo, 2005 Bangkok, 2010 Salvador da Bahia
1980	Bekämpfung von organisiertem Verbrechen wird zentral
1988	Wien: UNO-Anti-Drogen Konvention
2000/03	Palermo: UNO-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität (TOK) – Zusatzprotokoll gegen Menschenhandel. 2001: Zusatzprotokoll gegen illegale Produktion und Handel von Waffen
2000	Anti-Korruptions-Konvention
Nach 9/11	US-Aufruf zu einer strategischen Allianz gegen Terrorismus und TOK; Zunahme von Diskussionen über den Widerspruch zwischen nationaler Souveränität und nationaler Sicherheit

gen in zahlreichen weiteren Politikfeldern. Seit Beginn der Kolonialzeit im 16. Jahrhundert werden die Parameter für das Politikfeld Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfungen in Europa definiert. Dabei gilt: Wer die Weltmärkte und die zwischenstaatlichen Institutionen dominiert, der definiert auch die Grenzen der Legalität. In diesem Sinne stiegen die USA nach dem Zweiten Weltkrieg zur Hegemonialmacht auf, festigten diese Position nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und bauten ihre Führerschaft in der internationalen Kriminalitätsbekämpfung immer weiter aus – ja machten sie zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Außenpolitik. So führen die USA zum Beispiel die sogenannte Majors List, auf der alle Länder verzeichnet sind, die Drogen produzieren. Einmal im Jahr werden sie nach intransparenten Kriterien zertifiziert, ob sie bei ihrer Drogenpolitik mit den USA kooperieren. Bei Dezertifizierung drohen Finanzsanktionen und die Isolierung in allen von den USA dominierten internationalen Gremien. Aber auch bei den globalen Kriminalitätsbekämpfungsinstrumenten (Kasten I) und der UNDOC (Kasten II) geben die USA den Ton an.

In dem Maße, wie der transnationale Raum und die ihn bevölkernden Institutionen multipolarer werden, das heißt: neue Mächte wie zum Beispiel China, Indien und Brasilien globales Mitspracherecht einfordern, werden auch die Bedeutungen der westlich geprägten Normen immer häufiger in Frage gestellt werden. So ist zu erwarten, dass die Grenzen der Legalität bald ein weiteres Mal auf dem Verhandlungstisch landen werden. ■■■

Weiterführende Literatur:

- Andreas, Peter; Nadelmann, Ethan (2006): *Policing the Globe*, N.Y.
- Cartier-Bresson, J., (1997): *Corruption Networks: Transaction Security and Illegal Social Exchange*, in: p. Heywood (Hg.) *Political Corruption*, Oxford
- Cartier-Bresson, Jean (2004): *The Challenge of Poor Governance and Corruption*, Copenhagen Consensus 2004
- Collier, Paul (2009): *Wars, Guns and Votes*, London, Bodley Heads
- Naim, Moises (2005): *Illicit*, N.Y.
- Nordstrom, Carolyn (2004): *Shadows of War: Violence, Power and International Profiteering in the Twenty-First Century*, University of California Press
- Nordstrom, Carolyn (2007): *Global Outlaws: Crime, Money, and Power in the Contemporary World*, London
- Scahill, Jeremy (2007): *Blackwater*, N.Y.
- Woodiwiss, Michael, Bewley-Taylor, David (2005): *The Global Fix: The Construction of a Global Enforcement Regime, Crime & Globalisation*, TNI-Briefing Series, No. 2005/3



Regine Schönenberg studierte Politikwissenschaften in Bonn, London, Berlin und Belém. Sie beschäftigt sich mit der Kriminalisierung sozialer Transformationsprozesse, der Natur von Wissen und interkulturellem Lernen. Ihr regionaler Schwerpunkt liegt hierbei seit über 20 Jahren in Amazonien, seit 2008 ist Indien hinzugekommen.

Mandat, Struktur und aktuelle Themenfelder der UNODC



Die UNODC (United Nations Organization Drugs and Crime) ist eine Fusion aus dem Crime Prevention Center und UNDCP (UN Drugs and Crime Prevention), die 1997 vorgenommen wurde; sie hat ca. 500 Angestellte; Anti-Drogenpolitik ist immer noch der Arbeits Schwerpunkt der UN-Organisation.

Die drei Säulen des UNODC-Arbeitsprogramms (2008–2011) sind:

- Projekte technischer Zusammenarbeit zum Aufbau von Kapazitäten in den Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von illegalen Drogen, Kriminalität und Terrorismus
- Forschung und Analyse zur Erweiterung des Wissens über die Drogen- und Kriminalitätsproblematik, um politische und operationale Entscheidungen auf einer gesicherten Basis treffen zu können
- Normative Arbeit zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Ratifizierung und Implementierung relevanter internationaler Abkommen, der Erarbeitung entsprechender nationaler Gesetzgebungen und der Einrichtung eines Sekretariats und substantieller Dienste für die Abwicklung der Vertragsobliegenheiten

Laufende Initiativen der UNODC:

- Paris Pact Initiative – Handel und Konsum von Opium in Afghanistan
- StAR – Stolen Asset Recovery Initiative: Bekämpfung von Korruption
- UN.Gift – Initiative zur Bekämpfung von Menschenhandel
- GPMI – Global Programme against Money Laundering seit 1997 in Kooperation mit FATF – Financial Action Task Force (1998)
- UN-Counter-Piracy-Programme seit 2009

UNODC hat lokale Niederlassungen in 150 Mitgliedstaaten und fünf Regionalbüros, die mit lokalen Forschungsinstituten kooperieren. Zusätzlich verfügt die UNODC über den Think Tank, UNICRI – UN Interregional Crime and Justice Research Institute (1968) in Turin.

- Die jeweiligen UN-Niederlassungen verfügen über kein Polizeimandat, sondern sollen die nationalen Politiken und Institutionen der Mitgliedstaaten unterstützen.
- INTERPOL und EUROPOL müssen die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten ebenfalls respektieren.
- Die UN-Kommission Narcotic Drugs (53 Mitglieder) und Kriminalitätsprävention (40 Mitglieder) entwerfen und kontrollieren die Vorschläge für globale Regulation, die anlässlich der UN-Kriminalitätskonferenzen diskutiert und ggfs. national implementiert werden.

Die aktuellen Themenfelder der UNODC sind:

- Bekämpfung von TOK, Wirtschaftsverbrechen und Geldwäsche
- Unterstützung bei dem Entwurf von Gesetzesinitiativen zu Umweltverbrechen
- Kriminalitätsbekämpfung in urbanen Umfeldern und Bekämpfung von Jugendkriminalität
- Unterstützung der Judikative in Mitgliedstaaten

Hygienevorschriften, Gesundheitszeugnis, Sicherheit am Arbeitsplatz: Was könnte einen informellen Wirtschaftszweig sicherer machen als Regeln und Gesetze – und damit die gesamte Gesellschaft stabiler? Das Beispiel eines Honighäuschens in Amazonien zeigt, dass es genau anders herumlaufen kann.

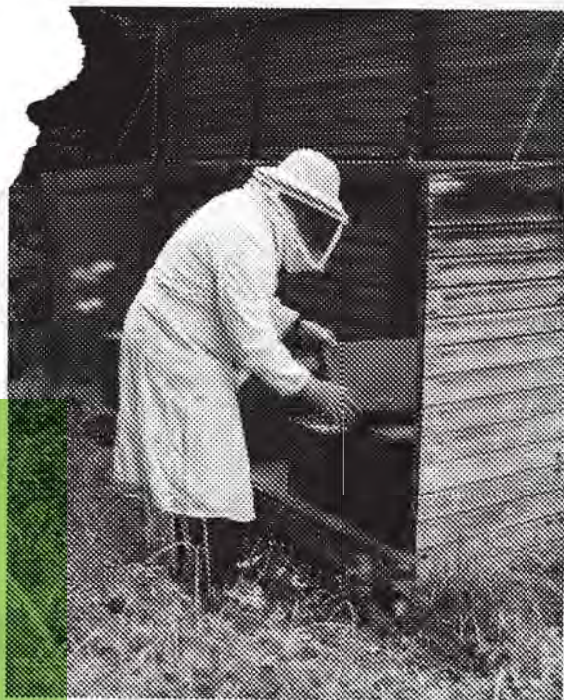
KOKAIN IM HUCKEPACK

VON REGINE SCHÖNENBERG

BRASILIEN

→ Bürokratische Vorschriften machen es amazonischen Bauern schwer, ihrem Handwerk nachzugehen. Sogenannte «Beiladungen» im Honighandel sind keine Seltenheit.

→ → Die panamesische Polizei beschlagnahmte im April 2011 395 kg Kokain in Panama City. Im Jahr davor wurden mehr als 80 Tonnen Kokain sichergestellt.



Halb stolz, halb ärgerlich führt der amazonische Honigproduzent Osvaldo durch sein kleines, weiß gekalktes Arbeitshäuschen. Erstaunlich, was da alles zu sehen ist: Da stehen zum Beispiel mehrere Wannen mit desinfizierender Flüssigkeit, daneben Gummistiefel, mit denen man sie durchschreiten sollte. Die Stiefel aber sind längst zur Wohnstätte aller möglichen Insekten geworden, und so folgt man lieber Oswaldos Beispiel und springt einfach drüber. Wer möchte schon mit nackten Füßen durch eine chemische Lösung laufen.

Im Häuschen ist es brütend heiß. Fensterscheiben sind vorgeschrieben, was völlig unüblich ist in der Region. Auch die Türen müssen immer geschlossen sein; ständig fällt eine von ihnen ins Schloss. Beeindruckend die Innenausstattung: Es gibt zwei getrennte Toiletten und große, saubere Arbeitsplatten. Aber wo ist der Honig? Produziert Osvaldo

denn keinen mehr? Doch, natürlich, antwortet er, und überreicht ein kleines Glas, das er schon in der Tasche hatte. Nur eben nicht in diesem heißen, unpraktischen Honighäuschen, sondern draußen unter einem etwas erhöht stehenden Baum. Und das Häuschen? Das braucht er nicht mehr. Höchstens die Toiletten, die werden von den Menschen genutzt, die hier in der Umgebung leben.

Oben am Baum weht eine kühle Brise. Osvaldo erzählt, warum er sich auf das Projekt eingelassen hat. Einen besseren Zugang zum Markt habe er sich erhofft – wenn er nur bestimmte Auflagen erfüllt, Hygienevorschriften einhält, seinen Betrieb registrieren lässt und so weiter. Das Häuschen wurde mit internationalen Geldern gebaut, immerhin, in der Region könne es sich auch sonst niemand leisten, all diese Hygienevorschriften umzusetzen. Aber dann habe es mit der Registrierung nicht geklappt, weil

er die Bescheinigung vom Gesundheitsamt nicht beibringen konnte. Es gebe einfach kein Amt in der Nähe, und die Reise in die nächste Stadt könne er sich sowieso nicht vierteljährlich leisten. Genauso oft müsse man nämlich sein Gesundheitszeugnis erneuern.

Und dann schildert er, wie die Honigproduktion durch ein Gewirr von Hygiene-, Gesundheits- und arbeitsrechtlichen Vorschriften immer mehr reglementiert wurde. Und wie das alles dazu beigetragen hat, dass vieles im Umfeld der Produktion in die Illegalität abgerutscht ist. Mit jeder Vorschrift muss mehr Bestechungsgeld an die Organe gezahlt werden. Statt offiziell vermarktet zu werden, wird der Honig billiger an Zwischenhändler abgegeben werden, die ihn umetikettieren und in ihre Vertriebswege einspeisen. Viele Honigproduzenten haben bereits aufgegeben; in den Supermärkten der Umgebung kann man inzwischen auch industriellen Honig kaufen.

Wenn vieles plötzlich illegal ist – dann macht ein bisschen mehr den Kohl auch nicht fett

Leider ist die Geschichte hier noch nicht zu Ende. Denn nicht nur der Honig – viele Produkte und Dienstleistungen, die die lokale, überwiegend informelle Wirtschaft ausmachen, stehen seit zirka 20 Jahren unter diesem Formalisierungsdruck. Arbeitsplätze entstehen dabei kaum, und so bleiben nur zwei Möglichkeiten: abzuwandern in die wachsenden Armenviertel der amazonischen Mittelstädte, wo erneut informelle Arbeitsverhältnisse auf den Formalisierungsflüchtling warten, oder sich in illegale Netzwerke einzugliedern, die zum Beispiel den Kokainhandel durch die Region organisieren. Nach eventuellen «Beiladungen» im Honighandel befragt, lächelt Osvaldo und antwortet: «Man tut, was man kann ... »

Stellt man sich eine durchschnittliche ländliche oder städtische Gemeinde in der überwiegenden Anzahl der Länder dieser Erde vor, so sind die Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen eher informell als formell geregelt. Informell ist hierbei keinesfalls gleichzusetzen mit illegal, sondern eher mit gewohnheitsrechtlich oder traditionell. Jede formale Regelung, die von außen, zumeist aus der Hauptstadt, aufgezwungen wird, wird zunächst in das existierende Sozialgeflecht eingespeist, das versucht, sie anzunehmen, ohne allzu viel zu verändern. Bereits in diesem Stadium werden bestimmte Machtpositionen gestärkt. Zumeist diejenigen, die diese Vorschriften umsetzen und kontrollieren müssen. Andere soziale Stellungen werden geschwächt. Zum Beispiel die des größten Fischers am Ort, der sich plötzlich als Raubbauer diffamiert sieht und Bestechungsgelder an einen kleinen Beamten zahlen muss – nur um weiter fischen zu können.

Kommen viele dieser Reglementierungen zur selben Zeit, gesellt sich von außen ein kommerzielles Interesse an Acker- oder Bauland oder an anderen

Ressourcen hinzu – dann kann die Sozialstruktur rasch geschwächt werden. Was zuvor gängige Praxis war, ist plötzlich illegal, wer legitime Autorität besaß, steht als Hinterwäldler da. Neue Akteure, die die neuen Regeln beherrschen und für sich einzusetzen verstehen, bemächtigen sich der lokalen Ressourcen und des lokalen Marktes. Die schwächsten Glieder der lokalen Gesellschaft werden an den Rand gedrängt und die traditionellen Eliten dazu gezwungen, neue Allianzen mit den neuen Akteuren einzugehen.

Oder dazu, sich um Alternativen zu bemühen, die die Lücken schnell füllen können. Befindet sich eine illegale Handelsroute in der Nähe, stehen die Chancen nicht schlecht. Was macht es auch für einen Unterschied? Wenn das Fischen plötzlich illegal ist, warum dann nicht noch eine kleine Beiladung Kokain mitnehmen, die ebenfalls illegal ist? Oder in den Container mit illegalen Edelhölzern für Rotterdam noch 50 kg Kokain packen? Die zweite Ladung gleicht die Bestechungsgelder aus, die für den Transport der ersten fällig werden – und schon ist die Anpassung an die neue Situation erfolgreich bewältigt. Addiert man zehn solcher Überlebensstrategien, dann kann man getrost von einem Prozess der Kriminalisierung eines gesellschaftlichen Raumes ausgehen, in dem der Staat den Zugriff verliert und die Bevölkerung bald nur noch über Gate-Keeper zu erreichen ist. ■■■



Regine Schönenberg studierte Politikwissenschaften in Bonn, London, Berlin und Belém. Sie beschäftigt sich mit der Kriminalisierung sozialer Transformationsprozesse, der Natur von Wissen und interkulturellem Lernen. Ihr regionaler Schwerpunkt liegt hierbei seit über 20 Jahren in Amazonien, seit 2008 ist Indien hinzugekommen.

In Guatemala werden die Gesetze von Drogenkartellen gemacht, und der Staat ist zu schwach, ihnen das Handwerk zu legen und er wird es bleiben – solange in reichen Industrienationen zu hohen Preisen Drogen gekauft werden. Ein Gespräch mit Tom Koenigs, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages.

«DIE PROFITE MÜSSEN RAUS»

GUATEMALA

INTERVIEW: ANNETTE VON SCHÖNFELD

Tom Koenigs, Guatemala gilt heute als eines der Länder Lateinamerikas, das am stärksten von Kriminalität geprägt ist. Was bedeutet das für den Alltag dieser Gesellschaft?

Kriminelle Jugendbanden, Armut und Drogenhandel prägen das Land, die Präsenz der mächtigen Kartelle nimmt zu. Der gesamte öffentliche Raum wird davon bestimmt: Ganze Stadtviertel sind nicht mehr zugänglich, die Reichen ziehen sich in bewachte Siedlungen zurück, und es ist kaum noch möglich, die alten Zentren der Stadt zu besuchen, ohne riskieren zu müssen, dass man überfallen wird.

Das heißt, die Menschen können sich kaum frei bewegen?

Es gibt in Guatemala City nur ein Reichenviertel, in dem es so viele Sicherheitskräfte gibt, dass das möglich ist. Das zeigt sehr eindrücklich, wie sehr die Kriminalität die Gesellschaft gespalten hat. Die Reichen können sich Sicherheit leisten, die Armen nicht. Die müssen den Bus benutzen, der sehr oft überfallen wird. Und natürlich können sich die Reichen vor Strafverfolgung sicher fühlen, das spaltet das Land dann noch mehr, als es bereits der Fall ist.

Warum hat sich die Lage in Guatemala so zugespitzt?

Der Bürgerkrieg in Guatemala hat mit seiner selektiven Repression von sozialem Engagement eine bestimmte Ebene von Öffentlichkeit ausgelöscht. Nach dem Friedensschluss in den 1990er Jahren erwachte wieder so etwas wie ein öffentliches Leben.



Tom Koenigs ist seit 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie Mitglied des Verteidigungsausschusses. Als Sondergesandter der Vereinten Nationen war er in mehreren Ländern unterwegs, unter anderem von 2002 bis 2004 in Guatemala.

Das ist jetzt erneut bedroht. Und zwar von einer Macht, die sehr viel unorganisierter – und damit weniger greifbar – ist, als es das Militär war. Die Drogenmafia ist stärker denn je. Sie nutzt Guatemala als Durchgangsrouten und überzieht das Land mit Gewalt.

Und warum ist es so schwer, gegen diese Kartelle vorzugehen?

Wenn die Polizei zu einer Finca gerufen wird, trifft sie dort auf private bewaffnete Sicherheitskräfte. Und die sagen: Hier geht es nicht weiter. Jeder Versuch der Strafverfolgung scheitert spätestens an so einer Barriere. Und langsam stehen auch immer mehr Richter und Staatsanwälte unter einem gewaltigen moralischen und auch physischen Druck – ausgeübt von Leuten, die sehr viel Geld zur Verfügung haben, um ihnen nachzustellen.

Das heißt, Verbrechen werden kaum bestraft?

Fragen Sie in Lateinamerika, was passiert, wenn Menschenrechte verletzt werden, erhalten Sie die Antwort: Impunität, Straflosigkeit. Das betrifft die Verbrechen früherer diktatorischer Regime – sie werden nicht verfolgt, bis ins Gefängnis hat es in Guatemala nur ein einziger Militär gebracht. Das betrifft aber auch alle anderen Straftaten, bis hin zum Mord. Nur zwischen zwei und fünf Prozent der Auftragsmorde, die schon für lumpige 200 Dollar begangen werden, werden überhaupt aufgeklärt. Die Impunität hat heute ein anderes Gesicht, von ihr

profitieren heute die ganz großen Kartelle auf dem Land. Es gibt Großgrundbesitzer, die Drogenflugzeuge bei sich landen lassen und mit keinerlei Strafverfolgung rechnen müssen. Letztlich zerstört die Straflosigkeit die Institutionen des Staates.

Hat der Staat kein Interesse, diese Verbrechen aufzuklären?

Er ist schwach und wird von den Reichen, die den Staat weniger brauchen, auch schwach gehalten. Die Steuerquote hat zehn Prozent in Guatemala nie erreicht, damit kann man keine Polizei so ausrüsten, dass sie Kartellen entgegentreten kann. Und was die Justiz betrifft: Kommt es überhaupt mal zu Prozessen, werden sie immer wieder durch Androhung oder Anwendung von Gewalt oder durch Korruption gestört.

Warum ist es für Jugendliche so attraktiv, in die Strukturen organisierter Kriminalität einzusteigen?

Ich glaube, in einem Viertel, das von zwei Maras (Jugendbanden) beherrscht wird, haben Jugendliche gar keine Chance, sich rauszuhalten. Man muss zu der einen oder anderen Mara mindestens locker dazugehören. Es gibt immer wieder Leute, die sich entziehen können, das aber ist eine ungeheure Anstrengung. Ich glaube, es geht hier nicht mehr um den Reiz, dazuzugehören. Jugendliche werden dazu gezwungen, sie haben keine andere Wahl.

Welche Chance sehen Sie, dass sich die Situation in Guatemala wieder in eine andere Richtung entwickeln kann?

Die ganze Region – von Kolumbien bis Mexiko – ist heute stark vom Drogenkrieg bestimmt. Um diesen Krieg zu beenden oder zumindest einzudämmen, muss die Nachfrage nach Drogen aufhören. Jedes Geschäft wird von der Nachfrage angeheizt. Und die kommt von uns, den reichen Ländern. Wenn es nicht gelingt, sie in den Griff zu kriegen oder in andere Bahnen zu lenken, wird das Problem nicht gelöst. Wenn der Drogenhandel entkriminalisiert würde, würde sich der Blutzoll, den die Drogenwirtschaft fordert, gewaltig verringern. Die Riesenprofite müssen aus diesem Verbrechen raus. Es ist zu leicht, viel Geld zu machen für jemanden, der nichts gelernt hat und der sich nur in diesen Gewaltstrukturen auskennt. Und dann kann man anfangen, soziale Strukturen neu aufzubauen. Es gibt Beispiele, wie Medellín in Kolumbien, wo man das durch eine gezielte, gute Jugendarbeit schafft. Das dauert sehr lange.

—

**ERST WENN DAS DROGENGESCHÄFT
NICHT MEHR BRINGT ALS DAS
GESCHÄFT MIT WEIZEN ODER MEDI-
KAMENTEN, HAT MAN IHM DEN BODEN
ENTZOGEN.**

—

Muss man nicht trotzdem auch die Sicherheitskräfte stärken?

Die Drogenwirtschaft militärisch oder durch eine Aufrüstung der Polizei zu bekämpfen, ist komplett zum Scheitern verurteilt. Erst wenn das Drogengeschäft nicht mehr bringt als das Geschäft mit Weizen oder Medikamenten, hat man ihm den Boden entzogen. Ich glaube, dass man die drei Elemente Konsum, Handel und Produktion von Drogen gesondert analysieren muss. Der Treiber, der Brandbeschleuniger ist der Konsum. Der bleibt in der Höhe vermutlich relativ konstant. Der militärische Druck auf Handel und Produktion, also die Prohibition, steigert zwar die Preise, hat aber sonst eigentlich keinen Effekt. Hohe Preise bringen die Konsumenten nur stärker in die Kriminalität, die Händler zu gewaltigen Handelsprofiten und diejenigen, die anbauen, zu einer Rendite, die beim Zehnfachen von normalem Getreide liegt.

Was ist mit den anderen Verbrechen, die mit dem Drogenhandel verbunden sind?

Menschenhandel, Waffenhandel – all diese Formen der Kriminalität werden natürlich auch nach einer Entkriminalisierung des Drogenhandels bestehen. Aber die hohen Gewinne, die gerade mit Drogen leicht und schnell gemacht werden können, fielen weg. Und das würde sich auswirken.

Sie haben in Zusammenhang mit Guatemala den Begriff der niedrig organisierten Kriminalität eingeführt. Sehen Sie das auch in anderen Ländern?

Ich sage niedrig organisierte Kriminalität, weil es in die Breite aufgebaute Organisationen sind. Beim Begriff Drogenkartell stellt man sich meist eine säulenartig aufgebaute, hierarchische Organisation vor. Aber es sind Banden, in die letztlich alle mit einbezogen sind. Und dieses Phänomen nimmt auch über Guatemala hinaus zu. Erleichtert wird das Agieren dieser Banden durch meist schwache Staatsstrukturen. Guatemala zum Beispiel ist ein schwacher Staat. Auch die Produzentenländer sind oft schwache, von Kriegswirtschaften geprägte Staaten: Kolumbien oder Afghanistan, jeweils mit sehr unterschiedlichen Ausprägungen.

Wir haben heute auch hier in Berlin Viertel, in denen sich Menschen nicht mehr sicher fühlen. Sehen Sie, dass es auch hier Veränderungen gibt, die wir genau beobachten müssen?

Die Dimensionen sind völlig anders: Bei uns werden 98 Prozent der Morde aufgeklärt. In Guatemala fünf Prozent. Schwere Kriminalität wird bei uns in aller Regel aufgeklärt. Öffentliche Verkehrsmittel sind sicher. Es gibt Bandenbildungen und entsprechende Ängste, aber die Mittel der Jugendarbeit oder der Bildungsinitiativen sind absolut geeignet, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Aber auch für uns gilt: Es wäre gut, den Drogenkonsum und -kleinhandel zu entkriminalisieren, anstatt die Jugendlichen in die Illegalität zu drängen. ■■■

Annette von Schönfeld Publizistin, ist seit 2006 Leiterin des Lateinamerikareferates der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. 2004–2006 leitete sie die Kampagne «Menschenrecht Wasser» bei Brot für die Welt. Mit den thematischen Schwerpunkten Demokratie, Menschenrechte und Stadtentwicklung hat sie mehr als 10 Jahre staatliche und nichtstaatliche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika (Chile, Nicaragua, Guatemala und Brasilien) koordiniert.

Die organisierte Kriminalität hat in Zentralamerika Parallelwelten geschaffen, die vor allem Jugendliche anziehen. Dort finden sie Anerkennung, dort erleben sie Macht. Caritas International hat einen Weg gefunden, einige von ihnen zurückzuholen. Ein Gespräch mit Wolfgang Hees von Caritas International

«ICH WERDE SOWIESO NICHT ÄLTER ALS 19»

INTERVIEW: ANA KEMLEIN

Herr Hees, Caritas International arbeitet in Ländern, in denen organisierte Kriminalität zum Alltag gehört – was bedeutet das für die Menschen, die dort leben?

Die Gesellschaft zersetzt sich immer mehr. Durch die organisierte Kriminalität wurden Parallelstrukturen geschaffen, die gerade für Jugendliche sehr attraktiv sein können. Da finden sie Drogen, besonders Crack, dort können sie schnell aufsteigen, Macht erleben, Waffen tragen, dort können sie Anerkennung finden bei den Mädchen und so weiter. Sie lassen sich absorbieren – immer im Hinterkopf: So jemand wie ich, der wird sowieso nicht älter als 19, 20. Und dann will ich wenigstens in diesen Jahren in Saus und Braus und Anerkennung leben.

Und was bedeutet das für die Arbeit von Caritas International?

In Mexiko oder in Brasilien zum Beispiel ist unsere klassische soziale Arbeit unmöglich geworden. Deswegen arbeiten wir jetzt mit neuen Ansätzen: Wir stärken lokale Netzwerke, denn wir gehen davon aus, dass es in jedem sozialen Raum Menschen gibt, die Interesse an einem anderen, besseren Zusammenleben haben und sich dafür auch einsetzen. Das kann der Bürgermeister sein, der Bäcker, die Lehrerin oder die Frau am Gesundheitsposten. Mit ihnen überlegen wir detailliert, was getan werden muss – auf der politischen, sozialen und persönlichen Ebene. Und dieses lokale Netzwerk hat eine Verhandlungsmacht, die auch für die Parallelwelt wichtig ist.

Sie wollen sagen, auch die Maras, die Jugendbanden, nehmen diese Netzwerke ernst?

Ja, das ist das Spannende. Viele der Jugendlichen sind ja zum Teil noch im Gemeinwesen verankert, also noch erreichbar.



Wolfgang Hees ist seit 1996 Verantwortlicher für Lateinamerika bei Caritas International. Der Landwirtschaftsmeister, Geograph und Ethnologe doziert auch an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin.

Und worüber verhandeln Sie mit ihnen?

Zum Beispiel darüber, dass Kinder gefahrlos auf der Straße spielen können. Dass nicht geschossen wird, drei Stunden, solange die weiße Fahne im Sandkasten steckt. Oder dass an Jugendliche unter 16 Jahren keine Drogen verkauft werden. Solche Sachen können wir aushandeln. Wir erreichen mit diesen Netzwerken tatsächlich Menschen, die schon in eine andere kriminelle Welt eingebunden sind, aber auch noch einen Fuß in der anderen haben.

Können Sie das an einem praktischen Beispiel zeigen?

Soyapango in San Salvador ist eines der schwierigsten Viertel der Stadt. Dort

bekämpfen sich die zwei großen Maras, die Salvatrucha und die Mara 18, und sie kontrollieren das Stadtviertel. Dort bildete sich ein kleiner Kreis von Leuten, die sagten: Von außen kriegen wir keine Hilfe, wir müssen selber was machen. Zunächst waren es vor allem besorgte Mütter und ein paar Männer, die Angst hatten um die Sicherheit ihrer Geschäfte. Aber dann kamen immer mehr Leute und plötzlich hatten wir die ersten Gangmitglieder mit drin, die dann auch aktiv wurden. In der Projektphase wurde entschieden, man könnte eine Bäckerei in der Gemeinde aufbauen. In der haben dann auch die Mareros gearbeitet und Brot produziert. So sind sie wieder stärker in die Gemeinde eingebunden worden.

Die staatlichen Institutionen sind schwach, die transnationale organisierte Kriminalität ist mächtig – welche Hilfe erwarten Sie von «Geberländern»?

Dass sie sich ein Beispiel nehmen an Evo Morales, dem Präsidenten Boliviens, und seiner Dezentralisierungspolitik und sehr viel mehr Verantwortung auf die kommunale Ebene verlagern. Wie Sie wissen, gibt es in Bolivien sogenannte Mancomunidades, also Zusammenschlüsse von Gemeinden, die in vielen, auch politischen Fragen zusammenarbeiten. Ich finde es faszinierend, was in den vergangenen zwei Jahren in Bolivien passiert ist. Der Zentralstaat hat die kommunalen Strukturen gestärkt und damit die Probleme an die Stellen zurückgegeben, wo sie auch gelöst werden können. ■■■

Ana Kemlein Mitarbeiterin des Lateinamerikareferates der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie studierte Dipl.-Regionalwissenschaften Lateinamerika in Köln, arbeitete u.a. in Guatemala, Bolivien und Chile und zuletzt für drei Jahre in einem Governance Programm der GTZ in El Salvador.

Die brasilianische Regierung muss ihre Hauptstadt sicherer machen. Nicht nur für die Fußballweltmeisterschaft und die Olympiade, sondern auch für die Zeit danach. So wie es derzeit aussieht, könnte sie es schaffen

DER FALL RIO DE JANEIRO

VON INGNACIO CANO

Das Markenzeichen Brasiliens, des letzten Landes, das auf dem amerikanischen Kontinent die Sklaverei abschaffte, ist die tiefgreifende soziale Ungerechtigkeit. Diese von der Sklavengesellschaft geerbte Ungleichheit hat sich im 20. Jahrhundert durch die Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung noch verschärft.

Von den 1950er Jahren an kamen Millionen von Brasilianern aus dem Nordosten und dem südöstlichen Hinterland in die großen Metropolen des Landes, insbesondere nach São Paulo und Rio de Janeiro. Da es so etwas wie Wohnungspolitik nicht gab, waren die Neuankömmlinge gezwungen, ihre Häuser selber zu bauen, und Platz gab es nur in den Risikogebieten. In Rio de Janeiro eroberten die Hütten die Hügel der Stadt und zeichneten eine Landschaft des Kontrasts; die Wohngebiete von Armen und Reichen lagen außerordentlich dicht beieinander. Die berühmten «Favelas» (Slums) wuchsen rasant an und wurden zu Orten, in denen Arbeiter, ohne Miete oder Fahrtkosten bezahlen zu müssen, relativ nah an ihren Einkommensquellen leben konnten. Die Favelas ermöglichten also eine Reproduktion der Arbeitskraft mit sehr geringen Kosten und äußerst bescheidenen Löhnen. Heute lebt schätzungsweise ein gutes Viertel der Bevölkerung in den Favelas, die zu einem Ort der Armut, Ausgrenzung und Marginalität geworden sind.

Statistische Daten lassen darauf schließen, dass die Gewaltbereitschaft in diesen Gegenden immer schon höher war als in den Vierteln der Mittelklasse. In den 1980ern, als das Kokain nach Brasilien kam, entwickelte sich ein bestimmtes Modell des Drogenhandels: Es basierte auf der totalen Kontrolle der Gemeinden, in denen Drogen verarbeitet und verkauft wurden. Gewehre und Maschinengewehre, aus dem Ausland auf den Drogenrouten angeliefert, dienten zur Verteidigung des Territoriums gegen feindliche Gruppen und gegen die Polizei und wurden zum Symbol für diese Gewaltszene.

In den 1980ern und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nahmen die Mordfälle in Rio de Janeiro drastisch und kontinuierlich zu. Um das Jahr 1995 wies die Stadt eine Mordrate von ungefähr 70 pro 100.000 Bewohnern auf, eine der höchsten der Welt. Ein bedeutender Teil dieser Toten ging – und geht bis heute – auf Revierkämpfe zwischen den kriminellen Gruppen zurück sowie auf Kämpfe zwischen diesen und der Polizei.

Die Reaktion des Staates war ebenfalls äußerst heftig, was die Gewaltspirale immer weiter hochschraubte. Zwischen 1998 und 2009 registrierte der Bundesstaat Rio de Janeiro offiziell mehr als 10.000 Zivilpersonen, die bei Auseinandersetzungen mit der Polizei getötet wurden; da nicht alle statistisch erfasst wurden, werden es in Wahrheit noch mehr sein. 1995 richtete die Regierung eine Sonderzahlung ein und eine Beförderung «wegen Tapferkeit» für Polizisten, die in Auseinandersetzungen mit tödlichem Ausgang verwickelt waren. Offenbar eine Ermunterung, jedes beliebige Mittel einzusetzen: Immer wieder wurden den Polizisten von Rio de Janeiro Folterungen und willkürliche Hinrichtungen vorgeworfen. Nachforschungen lieferten bald entsprechende Hinweise – und zwar in Fällen, die von der Polizei selbst als legitime Auseinandersetzungen registriert wurden.

Die Bevölkerung und auch verschiedene Massenmedien prägten für dieses Szenario den Begriff «Krieg von Rio». Die Kriegsmetapher verdeutlichte auch die eindeutig militärisch geprägte, auf bewaffneter Auseinandersetzung basierende Sicherheitspolitik des Staates, die unzählige Opfer und eine Unsicherheit in den Gemeinden zur Folge hatte, die kriminellen Netze jedoch nie zerschlagen konnte. 2007 verschärfte die Regierung des Bundesstaates Rio de Janeiro dieses Modell noch durch Großeinsätze, bei denen Tausende von Polizisten an gewaltsamen «Invasionen» der am Drogenhandel beteiligten Favelas teilnahmen. Das Ergebnis war ein historischer Rekord: über 1.300 offiziell von der Polizei getötete Menschen in diesem Jahr.

Inzwischen haben verschiedene Faktoren zu einer Veränderung des Szenarios der öffentlichen Sicherheit im Bundesstaat Rio de Janeiro geführt. Zum einen haben die «Fehler der Polizei», bei denen nachweislich unschuldige Menschen Opfer vorschnell abdrückender Polizisten wurden, den Krieg gegen den Drogenhandel nicht gerade sehr glaubwürdig gemacht. Zum anderen setzt die Bundesregierung zunehmend auf ein Sicherheitsmodell, das auf Prävention statt Repression basiert. Das kam nicht von ungefähr: Nachdem Rio zum Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympiade 2016 gewählt worden war, konnte die Regierung ihr Kriegsmodell unmöglich aufrechterhalten und der Welt zumuten, in einem derart unschönen und gefährlichen Ambiente an diesen sportlichen Ereignissen teilzunehmen. Und bis



← Brasilianische Polizisten während einer Operation gegen Drogenhändler am 28. November 2010 im Slum Grotta in Rio de Janeiro. Nach offiziellen Angaben wurden in der Woche davor rund 35 Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Drogengangs und brasilianischen Sicherheitskräften getötet.

heute sind die Sicherheitsbedenken vieler Staaten noch lange nicht ausgeräumt.

Die Regierung besann sich auf eine Politik der «Befriedung», die sich in den UPPs (Unidades de Polícia Pacificadora – Polizeieinheiten zur Befriedung) niederschlug: Polizistentrupps, die die Gemeinden unterstützen (obgleich sie keine Gemeindepolizei im eigentlichen Sinne sind), die dort auch stationiert sind, anstatt sie periodisch zu überfallen. Diese Einheiten werden von Polizisten angeführt, die frisch von der Polizeischule kommen. Sie sind für ihre besondere Aufgabe ausgebildet worden und werden besser bezahlt. Unmittelbarer Erfolg dieser Initiative war das Ende der Schießereien und der Gebietskontrolle von bewaffneten Gruppen in diesen Gemeinden. Im Jahr 2008 als vorsichtiges Experiment begonnen, waren die Ergebnisse so positiv, dass die Regierung die UPPs zum Referenzmodell erhob und auf heute 13 Gemeinden ausweitete.

Die Sicherheitsplanung für die großen sportlichen Ereignisse umfasst zwei separate und doch miteinander in Verbindung stehende Komponenten:

- A** Die Sicherheit während der Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele, die ähnlich wie bei früheren Großereignissen geplant wird. Zu den Strategien gehören:
 - Intensive Polizeipräsenz in den Gegenden, in denen die Wettkämpfe stattfinden, sowie in denen, wo die Besucher untergebracht sind;
 - Städtische Interventionen in als kritisch geltenden Gegenden, inklusive Zwangsumsiedlungen von Bewohnern. In einigen Fällen gab es bereits Anzeigen wegen missbräuchlicher Aktionen in diesem Zusammenhang;
 - Organisation von Sozialprojekten für die schwächsten Bevölkerungsgruppen im Rahmen der Spiele (Kurse für Touristenführer etc.). Dadurch soll erreicht werden, dass alle sozialen Gruppen ein Interesse an einem guten Ausgang der Spiele entwickeln.
- B** Eine umfassendere Sicherheit in der Stadt mit dem Ziel, bereits vor Beginn der Veranstaltungen und auch danach eine Atmosphäre der Sicherheit zu schaffen. Mit anderen Worten: Das eigentliche Spiel, auf das Rio sich eingelassen hat, ist, zu

versuchen, die für die Olympiade bereitgestellten Mittel und das öffentliche Interesse zu nutzen – um eine Stadt zu schaffen, die nicht nur für die Veranstaltungsteilnehmer, sondern für alle sicherer ist. Und zwar nicht nur im Jahre 2016, sondern auch danach.

Die UPPs, das Zugpferd der neuen Sicherheitspolitik, breiten sich langsam weiter aus. Obgleich noch nicht so viele Gemeinden daran teilhaben, besteht die Hoffnung, dass das neue Modell Schule macht und Wirkung zeigt: nicht nur bei der Polizei, die ihre Doktrin in Richtung eines eher präventiven und weniger grausamen Einsatzes verändern soll, sondern auch bei den kriminellen Gruppen, die begreifen könnten, dass ihre Machenschaften nicht notwendigerweise an eine territoriale Kontrolle oder einen hohen Einsatz von Gewalt gebunden sein müssen. Allerdings gibt es leider bis heute noch keine alternative Politik für jene Gebiete und Polizisten, die nicht an dem Modell der UPPs teilnehmen können (und das ist die große Mehrheit). Zudem wurden Gegenden mit sehr hoher Gewalt, zum Beispiel der Westen Rios und die Baixada Fluminense, bislang von der Planung der UPPs ausgenommen.

Dennoch ist die Entwicklung positiv: Die Register des Gesundheitsministeriums zeigen, dass in Rio de Janeiro seit 2007 deutlich weniger Morde passieren. Trotzdem besteht natürlich die Gefahr, dass die Stadt 2017 mit dem Ende der Subventionen nach einer kurzfristigen Befriedung in Zusammenhang mit den großen sportlichen Ereignissen wieder an den Ausgangspunkt zurückgeworfen wird.

Der große olympische Sieg für die Stadt wäre, wenn Rio von 2016 an international nicht mehr für seine Gewalt, sondern lediglich für seine Schönheit bekannt wäre. Die Gelegenheit ist einzigartig, doch der Sieg ist nicht garantiert. Rio hat schon zu viele Experimente und Versprechungen erlebt, als dass es sich leisten könnte, allzu optimistisch zu sein. ■■■

Aus dem Portugiesischen übersetzt von Marianne Gareis



Ignacio Cano arbeitet im Labor zur Analyse der Gewalt, Universität des Bundesstaates Rio de Janeiro.

Westliche Staaten begründen ihre Interventionen gerne mit der Bekämpfung von Korruption. Und folgen dabei westlichen Denkmustern, die es in Ländern wie Afghanistan gar nicht gibt. So schwächen sie den Staat weiter, anstatt ihn aufzubauen.

BESTECHENDE ARGUMENTE

VON FLORIAN P. KÜHN

Als Präsident Karzai, gerade ins Amt gekommen, am 13. Dezember 2001 in Kabul am Flughafen ankam, begleiteten ihn nur wenige Vertraute. Die wartenden Mjaheddin, allesamt kriegserfahren nach 20 Jahren Kampf gegen die Sowjetunion, gegeneinander und gegen die Taliban, fragten ihn, wo seine Männer seien. Daraufhin soll Karzai gesagt haben, «Ihr seid meine Männer!»

Es folgte ein Aufbauprozess, in dem aus den vielen Warlords und Milizenführern, den regionalen und religiösen Herrschern eine Gruppe werden sollte. Sie sollte in Afghanistan einen funktionierenden, modernen Staat aufbauen. Während die westlichen Staaten die Intervention als Neuanfang begriffen, war das Ende der Talibanherrschaft für die meisten afghanischen Akteure aber bestenfalls eine Zäsur.

Der Präsident ohne Männer war auf Machtverhältnisse zurückgeworfen, die weit in die Zeit vor der Intervention zurückreichten. Die gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Mächtigen und der Bevölkerung verliefen entlang ethnischer Mobilisierungslinien, sie funktionierten nicht zuletzt durch gekaufte Loyalitäten auf Zeit, immer überlagert durch starkes Misstrauen zwischen den Akteuren. Der Staat als Instanz, der soziale Beziehungen regelt und gestaltet, war ein fremdes Wesen, mit dem die wenigsten positive Erfahrungen hatten. Meist war der Staat nur aufgetreten, um mit Gewalt Steuern zu erheben oder junge Männer für das Militär zu rekrutieren.

Der Staat ist ein Akteur unter vielen

Das einsetzende «Statebuilding» folgte einem westlichen Ideal von Staatlichkeit, nach dem der Staat die Regeln setzt. Nicht nur in Afghanistan, auch anderswo außerhalb der OECD-Welt ist diese Vorstellung eine Fiktion. Denn der Staat ist ein Akteur unter vielen. Zwar ist er international anerkannt und eingebunden, seine Legitimität – und damit sein Anspruch auf gesellschaftliche Unterstützung – unterscheidet sich jedoch häufig nicht wesentlich von

↑ Der afghanische Staat bekämpft den Anbau von Mohn und damit die Produktion von Opium so energisch wie erfolglos. Denn er zerstört nur die Felder, deren Erlöse mutmaßlich den Taliban zufließen. Die Kartelle, die mit dem Staat zusammenarbeiten, werden verschont – und werden noch mächtiger.

der anderer Autoritäten im Land. Wo sie sogar noch darunter liegt, ist der Staat sogar nur ein politischer und ökonomischer Konkurrent wie jeder andere.

In der Geschichte Afghanistans gab es immer wieder Versuche, die Regelungsfähigkeit des Staates zu erweitern. Die meisten Herrscher versuchten dies über persönliche Beziehungen, aber auch mit Gewalt, also Zwangsumsiedlung und Geiselnahme der Söhne konkurrierender Mächtiger. Das blieb immer instabil, weil es an die Person, nicht an die Institution des Staates gebunden war. Diese Art von Loyalität zum Staat ist also kurzlebig und hängt an oft wirtschaftlichen Privilegien – zum Beispiel an den Importlizenzen im Handel zwischen Pakistan und Afghanistan. Die Transportsyndikate waren und sind deshalb wirtschaftlich außerordentlich mächtig. Und sie profitieren heute noch zusätzlich von der westlichen Intervention, für die sie den Transport von Treibstoff, Nachschub und militärischem Gerät übernehmen und dafür ordentlich abkassieren.

Wirtschaftliche Erfolge hängen in Afghanistan immer von guten äußeren Handelsbeziehungen ab. Eine Gruppe, die von ihren internationalen Verflechtungen am meisten profitiert, sind die Opiumhändler. Sie zahlen die üblichen Preise an die Hersteller, erzielen aber deutlich höhere Profite für Opium, wenn es über die Grenzen ausgeführt wird. Das Risiko, die Ware an den Grenzen zu verlieren, führt zu Preisaufschlägen, die bis zum Hundertfachen des Einkaufspreises gehen können. Ein Teil dieser Erlöse wird dann wieder in gute Beziehungen zu staatlichen Stellen investiert: Da wird die Grenzpolizei an den Erlösen beteiligt, da werden Informationen gekauft, um der Verfolgung zu entgehen. Zwar bekämpft der Staat die Drogenhändler, die mit den Aufständischen kooperieren und sie teilweise sogar finanzieren. Aber das macht diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiten, nur umso stärker. Ob diese schließlich von einem mehr und mehr handlungs- und rechtssetzungsfähigen Staat verdrängt werden können oder ob sie den Staat ihrerseits in einen nur noch kriminellen



Florian P. Kühn ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Gewalt und Terrorismus, Risiko und Friedens- und sicherheitspolitische Themen mit regionalem Schwerpunkt Zentralasien. Zuletzt veröffentlichte er 2010 *Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan*.

Narcostaat verwandeln, für den der Drogenhandel zum Hauptdaseinszweck geworden sein mag – diese Frage muss offen bleiben.

Wegen dieser Verbindung staatlicher Stellen und der Drogenökonomie gilt Afghanistan im Westen deshalb als besonders korrupt – und Korruptionsbekämpfung seit einigen Jahren als letzter Schrei der Interventionspolitik. Allerdings übersieht diese sehr westliche Sicht, dass nur ein Regeln setzender Staat eine legale Grenze definieren kann, deren Übertretung dann als korrupt gilt; eine Voraussetzung, die in Afghanistan nicht in allen Bereichen gegeben ist. Für viele Menschen ist diese «Korruption» überdies eine Frage des Überlebens: Sie sind auf die Profite aus dem Opiumgeschäft angewiesen, und staatliche Ämter zu bekleiden kann ein sinnvoller Weg sein, sich ein Stück von diesem Kuchen zu sichern.

Vor allem die Eliten profitieren

Da dem Staat nicht nur die Macht fehlt, Regeln durchzusetzen, sondern ihm vor allem auch die Legitimität abgeht, solche Regeln durchgängig einzuführen, sind Staat und Kriminalität strukturell miteinander verwoben. Denn in Afghanistan profitieren auch und vor allem die staatlichen Eliten von Aufbaugeldern und ihrer Einbindung in die internationale politische Ökonomie, während die Mehrheit der Bevölkerung daran nicht beteiligt ist. Sie bekommt die Nachteile einer abgekoppelten Führungsschicht zu spüren.

Im Statebuilding-Projekt aber stehen die westlichen Interventen auf der Seite des Staates. Sie können versuchen, Einfluss auszuüben. Aber sie können «korrupt» erscheinende Praktiken nicht verhindern; und diese sind hinter der Fassade der Staatlichkeit eher die Regel als die Ausnahme. In den Augen der meisten afghanischen Bürger stützt das die Legitimität des Staates nicht – im Gegenteil: Die Intervention wird zu einem Teil des Problems des afghanischen Staates, nicht der Lösung. ■■■

Westliche Rechtsstaaten lassen sich nicht einfach verpflanzen, wie das Beispiel Bosnien und Herzegowina zeigt. Interventionen dieser Art spielen Wirtschaftskriminalität und Korruption sogar noch in die Hände.

DAS EXPORTIERTE PROBLEM

VON BERIT BLIESEMAN DE GUEVARA

Der Balkan gilt als ein Hort transnationaler organisierter Kriminalität. Das hat seinen Grund: Während des gewaltsamen Zerfalls Jugoslawiens in den 1990er Jahren wurden in den Staaten Südosteuropas in großem Umfang Drogen, Menschen, Zigaretten und Waffen geschmuggelt. Das machte diese Länder zu wichtigen Transitkorridoren und Zielen des weltweiten illegalen Handels. Bis heute prägt dieses Bild die Wahrnehmung in den westeuropäischen Staaten.

Umso mehr überrascht ein Bericht des UN-Büros für Drogen und Kriminalität (UNODC) von 2008: Er zeigt, dass nicht nur die Rate gewöhnlicher Kriminalität – also etwa Mord, Vergewaltigung, Raub und Diebstahl – auf dem Balkan unter derjenigen westeuropäischer Staaten liegt. Auch klassische organisierte Kriminalität ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Womit der Balkan allerdings zu kämpfen hat, sind Wirtschaftskriminalität und korrupte staatliche Institutionen: Legale Waren werden geschmuggelt, Steuern hinterzogen, öffentliche Gelder veruntreut. Die UNODC spricht diesen Machenschaften an der Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und organisierter Kriminalität sogar das Potenzial zu, die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der betroffenen Staaten auf Dauer zu verhindern.

Bosnien und Herzegowina (BiH) ist ein Staat, der in Gefahr steht, zu einem «schwarzen Loch in Südosteuropa» zu werden – wie es der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in BiH, Valentin Inzko, 2009 ausdrückte. Dies ist bemerkenswert: Seit über 15 Jahren versuchen internationale Akteure – westliche Staaten wie USA und Deutschland, aber auch internationale Organisationen wie NATO, OSZE und UN –, dort einen modernen Rechtsstaat auf-

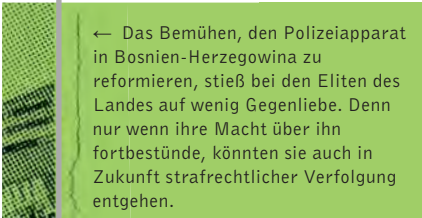
zubauen, mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand. Doch trotz dieser Reformbemühungen durchzieht die Korruption weiterhin politische Parteien, Regierung, staatliche Behörden und Betriebe und schafft den nötigen Spielraum für kriminelle Geschäfte. Zudem stehen Teile der Justiz und Polizei unter politischer Kontrolle, so dass sich kriminelle Politiker und Wirtschaftsbosse meist dem Gesetz entziehen können.

Der Schmuggel sicherte das Überleben

Die Wurzeln dieser Formen organisierter Kriminalität liegen in der Zeit des bosnischen Bürgerkriegs von 1992 bis 1995, als der Schmuggel von Waffen, Treibstoff, Zigaretten und Gütern des täglichen Bedarfs blühte. Die organisierte Kriminalität war dabei mehr als nur Ausdruck der Gier von Kriegsprofiteuren: Schmuggel sicherte vielerorts das tägliche Überleben – so etwa in der belagerten Hauptstadt Sarajevo – und bot angesichts des Waffenembargos die Möglichkeit, Waffen zur Verteidigung zu beschaffen. Der Krieg schuf und verfestigte Beziehungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten BiHs und kriminellen Akteuren, die auch in der Nachkriegszeit von Bedeutung blieben.

Nach dem Daytoner Friedensabkommen von 1995 übernahm die internationale Gemeinschaft die Aufgabe, den Friedensprozess anzuleiten. In den ersten vier Jahren standen der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, Demokratisierung der politischen Strukturen und Liberalisierung der sozialistischen Wirtschaft im Mittelpunkt der Bemühungen. Demokratie und Marktwirtschaft wurden, so die westliche Hoffnung, die Grundlage für einen nachhaltigen Frieden bilden und Friedensstörer an den Rand drängen. Die Realität sah anders aus: In den Wahlen setzten sich die Ethno-Nationalisten der Kriegszeit durch, die von den Wählern als stärkste Wähler ihrer Interessen angesehen wurden. Die Intervention stärkte die alten Eliten auch ökonomisch: BiH wurde mit Hilfsgeldern überschwemmt, die meist dezentral am Staat vorbei verteilt wurden – was die lokalen Eliten prompt für rent-seeking nutzten, also für das illegale Abschöpfen öffentlicher Mittel. Im Zuge des Privatisierungsprozesses eigneten sich einflussreiche Politiker und Wirtschaftsbosse zudem sozialistische Betriebe und Wohnungen auf fragwürdige bis kriminelle Weise an und schlugen daraus Profit. Die Intervention stärkte also durch ihre Liberalisierungspolitik eben jene polit-ökonomischen Netzwerke, die bereits vom Krieg profitiert hatten. Die Institutionen des bosnischen Gesamtstaats hingegen blieben schwach und waren nicht in der Lage, diesen Netzwerken staatliche Regulierung entgegenzusetzen.

Angesichts dieser Misere beschlossen die internationalen Akteure Ende der 1990er Jahre einen Kurswechsel: Unter dem Stichwort «Statebuilding» ist das Ziel seither, staatliche Institutionen aufzubauen und zu stärken. Denn ohne einen staatlichen Rahmen, der gesellschaftliche Interaktion verregelt, so das neue Credo, kann keine dauerhafte Befriedung stattfinden. Dazu gehört nicht zuletzt Rechtsstaatlichkeit: Reformen des Polizei- und Justizsektors sollen den Staat handlungsfähiger machen. Im Mittelpunkt der Reformen stand dabei, gegen die Ethnisierung der Behörden vorzugehen, also gegen die illegale Parteinarbeit zugunsten einer Volksgruppe. Dieses Problem konnte minimiert werden: Angestellte in den Behörden wurden auf Verbrechen während des Kriegs überprüft, ethnisch gemischte Polizeistreifen aufgebaut, Polizisten, Richter und Staatsanwälte besser bezahlt und ausgebildet. Die Abhängigkeit der Behörden von politischen Weisungen erwies sich dagegen als hartnäckigeres Problem.



← Das Bemühen, den Polizeiapparat in Bosnien-Herzegowina zu reformieren, stieß bei den Eliten des Landes auf wenig Gegenliebe. Denn nur wenn ihre Macht über ihn fortbestünde, könnten sie auch in Zukunft strafrechtlicher Verfolgung entgehen.

Intervenieren können lokale Regeln kaum beeinflussen

Die Intervenenten wollten eine zentralisierte Polizei installieren, die nicht mehr den Innenministerien der substaatlichen Ebene unterstehen sollte. Dies stieß bei lokalen Eliten auf wenig Gegenliebe: Die Polizei war nach einer geglückten Militärreform zur «letzten Bastion» der Kontrolle ethnonationaler Eliten über den Sicherheitsapparat geworden. Nur wenn ihre Kompetenzen fortbestünden, könnten sie die Polizei auch künftig als politisches Instrument nutzen und strafrechtlicher Verfolgung etwa wegen Korruption entgehen. Dass eine Polizeireform zu einer Vorbedingung für den Annäherungsprozess BiHs an die EU erklärt wurde, konnte den Widerstand nicht brechen. Als die EU-Annäherung tatsächlich zu scheitern drohte, einigte man sich auf kosmetische Veränderungen in der Polizeiorganisation. An dem eigentlichen Problem änderte sich nichts.

So blieben letztlich auch die Reformserfolge im Justizsektor bescheiden. Zwar erzielt das bosnische Justizsystem gute Noten, wenn es um die strafrechtliche Verfolgung gewöhnlicher Kriminalität geht. Im Bereich der organisierten und Wirtschaftskriminalität dagegen, also überall dort, wo mächtige Akteure betroffen sind, greift die staatliche Strafverfolgung in vielen Fällen nicht. Wenn in den vergangenen Jahren überhaupt Anklage gegen machtvollen Akteure erhoben wurde, ging dies meist auf das Engagement internationaler Juristen zurück, die in den Gerichten BiHs tätig waren. Seit 2009 haben diese allerdings nur noch beratende Funktionen, und es ist fraglich, ob die bosnischen Gerichte ihre Arbeit auch ohne externe Hilfe politisch unabhängig fortführen können.

Was man in BiH beobachten kann, ist ein grundsätzliches Dilemma internationalen Statebuildings: Externe Intervenenten können zwar staatliche Institutionen errichten helfen, deren Funktionsweise auf dem Papier derjenigen im Westen gleicht – eine Art Potemkin'sche Staatsfassade. Sie können diese Institutionen jedoch nicht lokal verankern. Die politischen Logiken hinter der Fassade gehorchen lokalen Regeln, die von den Intervenenten kaum beeinflusst werden können.

Die Kluft zwischen Staatsfassade und -inhalt bietet Raum für illegale Geschäfte, die von der neoliberalen internationalen Wirtschaftsideologie sogar noch begünstigt werden. So ist BiH durch die Mehrwertsteuer erst zu einem interessanten Markt für transnationalen Mehrwertsteuerbetrug geworden – ironischerweise eines der größten Probleme europäischer Wirtschaftskriminalität. Zudem haben die neoliberalen Wirtschaftsreformen in BiH, die vor allem auf ein günstiges Unternehmensklima abzielen, bisher kaum Armut und Arbeitslosigkeit beheben können. So liegt etwa der Anteil der Erwerbstätigen, die in der informellen Wirtschaft tätig sind, konstant bei über 40 Prozent. Damit fehlen dem finanzschwachen Staat nicht nur die Einnahmen aus der Lohnsteuer; die prekären Arbeitsverhältnisse in der Schattenwirtschaft vergrößern auch die Gruppe junger perspektivloser Bosnier, die ihr Auskommen künftig in illegalen Geschäften suchen könnten.

Und auch der westliche Diskurs über den Balkan als Hort des Verbrechens ist problematisch: Trotz niedrigerer Kriminalitätsraten ist die Angst der Balkanbürger, Opfer eines Verbrechens zu werden, deutlich höher als im Westen. Ein solches (unberechtigtes) Klima der Angst ist wenig geeignet, junge demokratische Institutionen zu festigen. Es spielt vielmehr ethnonationalen Eliten in die Hände – denselben Akteuren also, die von organisierter Wirtschaftskriminalität und Korruption profitieren. ■■■



Berit Bliesemann de Guevara ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationale Politik an der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) Hamburg. 1997–2002 studierte sie Politikwissenschaft und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg. Für ihre Dissertation zu Staatlichkeit in Zeiten des Statebuilding: Intervention und Herrschaft in Bosnien und Herzegowina erhielt sie den Deutschen Studienpreis 2009 der Körber-Stiftung. Publikationen u. a.: *Illusion Statebuilding: Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt* (zusammen mit Florian P. Kühn, 2010); *Charisma und Herrschaft: Führung und Verführung in der Politik* (Herausgeberin zusammen mit Tatjana Reiber, 2011).

Indien wird durch Schattenwirtschaft und Kapitalflucht erheblich geschwächt –
und alle Eliten des Landes helfen kräftig dabei mit.

TATORT ARBEITSPLATZ

VON ARUN KUMAR

Schätzungen zufolge macht die Schattenwirtschaft in Indien etwa 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Das sind, anders gesagt, 600 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die zum offiziellen BIP addiert werden müssen. Verbunden damit ist eine Kapitalflucht, denn etwa 15 Prozent (an die 90 Milliarden US-Dollar) der so erwirtschafteten Gewinne werden ins Ausland verschoben.

In einem Bericht des US-Instituts Global Financial Integrity wird davon ausgegangen, dass Indien seit seiner Unabhängigkeit 1947 etwa 462 Milliarden US-Dollar durch Kapitalflucht eingebüßt hat – den Großteil davon nach Beginn der Wirtschaftsreformen von 1991. Derselbe und andere Berichte sprechen davon, dass die tatsächlichen Zahlen wahrscheinlich noch weitaus höher sind. Das bedeutet, dass ein armes Land in großem Maße Kapital exportiert hat, was zu Devisen- und Kapitalknappheit führte und die Entwicklung Indiens gebremst hat.

Die Schattenwirtschaft betrifft nicht nur das organisierte Verbrechen. Sie betrifft die gesamte indische Ökonomie. Und sämtliche Eliten, Politiker, Geschäftsleute, Manager, Lehrer und Ärzte sind an ihr beteiligt. Geschäftsleute zum Beispiel geben geringere Einnahmen an, um Steuern zu sparen. Ärzte kassieren entgegen den Vorschriften Provisionen von Laboren, an die sie Patienten für Untersuchungen überweisen, oder beteiligen sich am Organhandel. Lehrer geben Schülern gegen eine kleine Zuwendung bessere Noten oder händigen ihnen die Prüfungsaufgaben



aus, Polizisten untersuchen Gesetzesverstöße nicht, wenn sie wöchentlich etwas zugesteckt bekommen (solche Zahlungen werden «hafta» genannt). Politiker lassen sich bestechen oder kassieren für Freundschaftsdienste einen Anteil vom Profit.

Die Trennlinie zwischen legal und illegal ist dünn, die meisten Verstöße sind Teil des offiziellen, ganz legalen Alltagsgeschäfts. Ein Arzt beispielsweise kann überflüssige Untersuchungen verordnen, um so von den Labors mehr Provision zu erhalten. Patienten können nicht erkennen, ob eine Untersuchung erforderlich ist, und sie werden im Zweifelsfall kein Risiko eingehen wollen. Eine Geburtshelferin kann, auch wenn eine normale Entbindung möglich ist, einen Kaiserschnitt anordnen, da sich mit diesem Eingriff mehr Geld machen lässt. Eine Patientin in den Wehen kann nicht wissen, ob dies notwendig ist, und sie ist nicht in der Lage, sich zu wehren.

In der Finanzbranche werden große un versteuerte Einkommen erzielt. An den Börsen wird Schwarzgeld umdeklariert und gewaschen, und man richtet Konten ein, um Geld zu verschieben. An solchen Vorgängen sind Bankmanager in der Regel aktiv beteiligt, denn sie hoffen auf eine gute Beteiligung und fühlen sich wegen des Bankgeheimnisses auch sicher vor Verfolgung. Die Banken fördern solches Vorgehen, sie wollen möglichst viele hoch liquide Kunden – Firmen und Reiche – akquirieren.



↑ Die meisten Verstöße sind Teil eines offiziellen, ganz legalen Alltagsgeschäfts. So geben beispielsweise Lehrer Schülern gegen eine kleine Zuwendung bessere Noten oder händigen ihnen vor der Prüfung die Aufgaben aus.

Guten Kunden sind sie gern behilflich, Gelder in Steueroasen zu verschieben. Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, dass Banken Hunderte von Zweigstellen in Steueroasen betreiben. Kapitalflucht gibt es in allen Staaten, entwickelten wie Entwicklungsländern – nur gehen Letzteren dadurch prozentual mehr Steuereinnahmen verloren. Da sie zudem meist eine negative Handelsbilanz haben, die entwickelten Länder hingegen eine positive, trifft sie die Kapitalflucht besonders hart.

Bereits im Financial Action Task Force Report von 1996 wird ausgeführt, dass das Volumen der Finanztransaktionen so groß ist, dass die Suche nach illegalen Vorgängen ein nahezu hoffnungsloses Unterfangen ist. Seitdem ist der Finanzmarkt erheblich gewachsen. Trotz aller Anstrengungen von Softwareentwicklern ist es bislang nicht gelungen, die illegalen Transaktionen – einige Billionen US-Dollar weltweit pro Jahr – von den Hunderten von Billionen legalen Transaktionen zu scheiden. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Regierungen beim Kampf gegen Kapitalflucht auf verlorenem Posten stehen.

Da sämtliche Eliten systematisch wie strukturell an der Schattenwirtschaft beteiligt sind, kann sie sich immer weiter ausbreiten. Jede Seite hat in diesem Netzwerk etwas auf dem Kerbholz und deswegen nicht das geringste Interesse, das ganze Spiel aufzudecken zu lassen. Da auch die Aufsichtsbehörden Teil illegaler Machenschaften sind, können sie ihrer Rolle

ÄRZTE KASSIEREN
PROVISIONEN VON
LABOREN, AN DIE SIE
PATIENTEN ÜBER-
WEISEN. ODER SIE
BETEILIGEN SICH AM
ORGANHANDEL

nicht gerecht werden. Vielmehr dienen sie ihren Chefs – Geschäftsleuten, Politikern und Beamten – als Werkzeug, das illegale Treiben umso besser zu kaschieren.

Im Laufe der vergangenen 60 Jahre haben sich in Indien mindestens 40 Komitees und Kommissionen mit der Schattenwirtschaft befasst und Tausende von Empfehlungen ausgesprochen. Einige hundert von ihnen wurden sogar umgesetzt, der Schattenwirtschaft hat es nicht geschadet. Die Entscheider wissen sehr wohl, was zu tun wäre, wollte man das Problem angehen, aber der Eigennutz der Eliten verhindert, dass je etwas geschieht. Und sie sind geschützt von einer schwachen Demokratie, in der die Herrschenden den Menschen nicht Rede und Antwort stehen müssen. In Indien ist im Jahr 2005 eine verwässerte Form des sogenannten Informationsfreiheitsgesetzes in Kraft getreten, das Bürgern das Recht gibt, Anfragen an Behörden zu stellen und so etwas von ihrem Innenleben zu erfahren. Es hat tatsächlich bereits zu ein paar Verbesserungen geführt – es bleibt zu hoffen, dass es auch langfristig für mehr Transparenz, für mehr Gesetzestreue sorgt. ■■■



Arun Kumar ist Professor für Ökonomie an der Jawaharlal Nehru University, New Delhi, Indien.

Alle Welt schaut auf die Mordserie in Mexiko und übersieht dabei das wahre Ausmaß des Schreckens: Die organisierte Kriminalität made in Mexiko ist in über 50 Ländern der Welt aktiv und in mehr als 20 verschiedene Delikte verwickelt. Ein Gespräch mit Edgardo Buscaglia, Experte für Schattenwirtschaft, organisierte Kriminalität und Korruption

«ES HILFT NIEMANDEM, DIE TOTEN ZU ZÄHLEN»

VON ANNETTE VON SCHÖNFELD

Edgardo Buscaglia, Sie verfolgen die Entwicklung des organisierten Verbrechens in Mexiko seit vielen Jahren; nicht erst, seit sich der Drogenkrieg im Land zuspitzt. Wie konnte es der organisierten Kriminalität gelingen, sich bis in den oberen Etagen der Politik zu etablieren?

Entscheidend war der Machtwechsel im Jahr 2000, als Präsident Zedillo und die PRI¹ die Regierungsführung an die PAN² unter Präsident Fox abtrat. In dieser Phase gewann die organisierte Kriminalität enormen Einfluss auf die verschiedenen Ebenen des mexikanischen Staates – auf die kommunale, die bundesstaatliche und die nationalstaatliche. Und zwar deshalb, weil mit diesem Wechsel die von der Einheitspartei aufgebaute Kommando- und Kontrollpyramide zu bröckeln begann. Diese Kontrollinstanz hat auch die organisierte Kriminalität verwaltet, den diversen Gruppen verboten, untereinander zu konkurrieren, und sie hat über die mexikanische Sicherheitsbehörde jeder kriminellen Gruppe ihre illegalen Märkte und ihre Territorien zugewiesen.

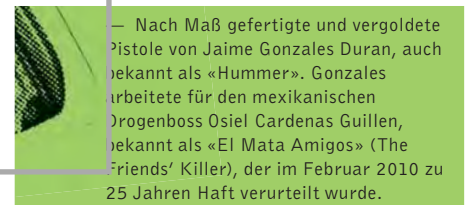


Edgardo Buscaglia ist Direktor des International Law and Economic Development Center der University of Virginia, Vizepräsident der Inter American Law and Economics Association sowie zurzeit Gastprofessor am Instituto Tecnológico Autónomo de México. Der US-Uruguayer berät internationale und bilaterale Organisationen in Fragen von Korruption, organisierter Kriminalität, Schattenwirtschaft, Rechtsreformen und Regierungsführung.

Die kriminellen Gruppen haben natürlich viel Geld dafür bezahlt, dass das politische System ihnen ihr Treiben gestattete.

Warum fiel diese Kontrollinstanz so schnell in sich zusammen?

Die PRI überließ angesichts ihrer politischen Schwäche den anderen Parteien neuen Raum, es kam zu einem Ringen um Stimmen, das den demokratischen Übergang einleitete. Die kriminellen Gruppen standen jetzt einem Staat gegenüber, der begann, sich politisch zu teilen. Es gab Kommunalregierungen der PRD, der PRI, der PAN, der PT und anderer kleiner Parteien. Der Übergang zu einem System, das von politischer Konkurrenz um Wählerstimmen geprägt war, verlief ungeordnet und chaotisch, es gab keine Kontrollinstanzen. Der Staat unter der Herrschaft von Präsident Fox hatte auch gar nicht mehr den Anspruch, diese Gruppen zu kontrollieren. Und so nahmen die kriminellen Gruppen den mexikanischen Staat ins Visier – und



— Nach Maß gefertigte und vergoldete Pistole von Jaime Gonzales Duran, auch bekannt als «Hummer». Gonzales arbeitete für den mexikanischen Drogenboss Osiel Cardenas Guillen, bekannt als «El Mata Amigos» (The Friends' Killer), der im Februar 2010 zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde.

machten sich gegenseitig Konkurrenz darin, ihn zu kooptieren.

Und heute, sagen Sie, sei der mexikanische Staat ein Puzzle, bei dem jeder Puzzlestein einer anderen kriminellen Gruppe gehöre.

Ja, denn um mit ihren illegalen Märkten arbeiten zu können, müssen die kriminellen Gruppen den Staat kontrollieren, sie brauchen seine Infrastruktur und die des Privatsektors, um ihre Geschäfte abwickeln zu können. Und Mexiko hat viele kriminelle Märkte: Menschenhandel, Schmuggel von Migrant*innen, illegale Ausbeute von Rohstoffen, Waffen- und Drogenhandel.

Stimmt es, dass seit der Einführung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA die Drogenproduktion in Mexiko angestiegen ist? Mit diesem Abkommen fielen ja auch die staatlichen Subventionen für Kleinbauern weg.

Das Freihandelsabkommen NAFTA hat viele positive Effekte gehabt – vor allem

für große und mittlere Unternehmen. Sie konnten mehr produzieren und mehr exportieren. Aber alle Aspekte der Globalisierung haben auch ihre Schattenseiten. In Mexiko verloren viele Kleinbauern ihre Wettbewerbsfähigkeit und mussten aufgeben. Sie konnten bei dem Preissystem, das von den Subventionen der USA bestimmt wird, keinen Mais produzieren; tatsächlich haben sich viele von ihnen dem Anbau von illegalen Drogen zugewandt, vor allem Marihuana. Kriminelle Gruppen finden bei den Kleinbauern einen guten Nährboden, aus naheliegenden sozialen und ökonomischen Gründen. Das Freihandelsabkommen NAFTA hat für das zuvor bestehende mexikanische Agrarmodell, das vor allem den lokalen Markt bedient hat, keine Schutzmechanismen oder Übergangsszenarien vorgesehen – und so gesehen den Drogenanbau befördert.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Politik der harten Hand unter Präsident Calderón?

Calderón hat sein Amt in einer schwierigen Lage angetreten: Die kriminellen Gruppen kontrollierten bereits einen großen Teil des Staates, im Jahr 2006 waren es nach unseren Schätzungen etwa 37 Prozent der Kommunen – heute sind es bereits 73 Prozent.

Hinzu kommt, dass die kriminellen Gruppen den privaten Unternehmenssektor bereits stark infiltriert hatten. Sie waren in über 50 Prozent der unternehmerischen Sektoren präsent und unterhielten zum Teil eigene Firmen, Bau- und Transportunternehmen, Bergbauunternehmen oder Warenlager. Über diese Firmen wurden schon 2006 sowohl Geld gewaschen als auch Wahlkampagnen finanziert. Die Politik der harten Hand, die Calderón anwendet, widerspricht allen internationalen «best practices», die bisher gegen das organisierte Verbrechen erfolgreich sind beziehungsweise es in Schach halten. Calderón setzt ausschließlich auf repressive Maßnahmen – und diese Medizin, die er da angeordnet hat, ist schlimmer als die Krankheit.

Wie sieht es mit der Justiz aus – was tut sie, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen?

Der mexikanische Justizapparat funktioniert schon lange nicht mehr, nicht erst seit jetzt, seit Calderón. Der Justizapparat ist hochgradig korrupt und extrem ineffizient. Die Strafverfahren selbst sind undurchsichtig, die Urteile werden nicht kontrolliert. Es ist also sehr leicht für die kriminellen Gruppen, Richter oder Justizangestellte zu kaufen. Und das bedeutet: Wenn Calderón auch Tausende von Personen festnimmt, wie er behauptet, kommen doch die meisten von ihnen wieder frei. Wir schätzen, von zehn Verhafteten etwa acht bis neun.

Wie könnte man den kriminellen Gruppen denn überhaupt das Handwerk legen?

Die internationalen Statistiken zeigen, dass es auf jeden Fall sinnlos ist, mehr Polizei, mehr Richter und Staatsanwälte einzusetzen und Personen zu verhaften – wenn man den kriminellen Gruppen nicht gleichzeitig ihren Besitz, ihre legalen Firmen, ihre Infrastruktur, ihre Transport- und Verteilungswege, ihre Lagermöglichkeiten nimmt. Ein Beispiel: An der Grenze zwischen Mexiko und den USA gibt es etwa 4.700 Warenlager, die von den mexikanischen kriminellen Gruppen genutzt werden. Auf beiden Seiten der Grenze, aber mehrheitlich auf der mexikanischen Seite. Diese Lager werden gebraucht, um Menschen, Drogen, Waffen oder Schmugglerware zu lagern. Alle diese Lager gehören legalen Firmen. Calderón stellt sich diesem Problem nicht, denn er weiß: Wenn du diese Firmen angreifst, greifst du diejenigen an, die die Wahlkampagnen finanzieren, und zwar die aller Parteien, nicht nur die der Parteien, die an der Macht sind.

Wir in Deutschland hören zurzeit meistens Nachrichten über den Drogenkrieg, über die Gewalt und die Morde. Aber wir

erfahren wenig über die komplexe Situation organisierter Kriminalität. Was ist das Wichtigste, was wir im Fall Mexiko wissen müssen?

Es gibt zwei große Irrtümer, die ich gerne aufklären würde. Der erste: Die Europäer, allen voran auch die Journalisten, denken, die mexikanischen kriminellen Gruppen seien Drogenhändler. Das stimmt nicht. Es sind mafiöse Gruppen, die in mehr als 20 verschiedene Typen von Verbrechen verwickelt sind. Mich besorgt mehr, dass sie mit Menschen handeln und Migranten schmuggeln, als dass sie mit Drogen ihre Geschäfte machen.

Und der zweite große Irrtum?

Offenbar wird die Intensität und Gefährlichkeit der organisierten Kriminalität an der Zahl der Morde gemessen. Was glauben Sie, warum ich in der letzten Zeit so häufig interviewt werde? Weil es in den vergangenen Jahren in Mexiko mehr als 34.000 Tote gegeben hat. Wenn diese ermordeten Menschen nicht wären, wäre die Aufmerksamkeit Europas nicht auf Mexiko gerichtet. Das ist traurig. Denn die organisierte Kriminalität ist viel älter als die jetzige Regierung. Früher gab es sehr viel weniger Morde, aber der Menschenhandel in die USA betraf Hunderttausende, ohne dass die internationale Presse darüber berichtet hätte. Die Morde sind natürlich eine enorme soziale Tragödie. Aber zukünftig könnte sich eine einzige kriminelle Gruppe konsolidieren, eine große Allianz von Sinaloa³ zum Beispiel, dann gehen die Morde wieder zurück – so wie in Russland. Und wir möchten nicht, dass die Presse den Fall Mexiko dann nicht mehr im Blick hat.

Was könnten Journalisten denn Ihrer Meinung nach tun?

Sie sollen nicht nur über Morde berichten, sondern auch darüber, wie es mit all den anderen Verbrechen aussieht, vor allem mit

denen, die Menschenleben gefährden: Menschenhandel und -schmuggel oder Entführungen, die in Mexiko enorm zunehmen. Es ist das gesamte Spektrum der Kriminalität, das die Lebensqualität der Mexikaner und Mexikanerinnen beeinträchtigt. Wir haben Hunderttausende interne Flüchtlinge in Mexiko, die vor dem bewaffneten Konflikt fliehen und die sich auf verschiedene Regionen des Landes verteilen. Auch das Problem der Flüchtlinge wird von der Presse überhaupt nicht aufgegriffen. Sie zählt weiter Morde. Darum muss eine analytische Berichterstattung her. Das Spektrum mexikanischer organisierter Kriminalität wird immer noch unterschätzt oder einfach nicht gesehen: Mexikanische kriminelle Gruppen sind in 52 Ländern aktiv und gehen mehr als 20 verschiedenen Delikten nach.

Was könnte die Zivilgesellschaft von den verantwortlichen Politikern fordern?

Sie sollte fordern, dass die Regierung nicht nur die Morde zählt, sondern dass sie auch klare Indikatoren für die erfolgreiche Bekämpfung und Aufklärung dieser Verbrechen benennt, so wie es zum Beispiel die Europäische Union tut. Das würde das Land vielleicht nach vorne bringen. ■■■

¹ PRI: Die Partido Revolucionario Institucionalizado entstand aus der mexikanischen Revolution (1910–1920). Sie wurde 1929 als Partei zunächst unter dem Namen Partido Nacional Revolucionario (PNR) gegründet und besteht seit 1946 als PRI. Sie hat Mexiko von 1929 an bis zum Jahr 2000 regiert.

² PAN: Partido Acción Nacional ist die am ehesten christdemokratisch konservativ zu nennende Partei Mexikos, die das Land seit 2000 regiert.

³ Sinaloa: Bundestaat im Nordwesten Mexikos. Das Sinaloa-Kartell gehört aktuell zu den reichsten und einflussreichsten Kartellen, das einen wesentlichen Teil des Handels über die Nordgrenze betreibt.

Die russische Mafia tarnt sich perfekt mit Seriosität und korrupte Beamte helfen ihnen dabei: Ein Gespräch mit Elena Panfilova, der Leiterin der russischen Sektion von Transparency International

«GOLDKETTCHEN UND HIMBEERFARBENES JACKET – DAS IST VORBEI»

INTERVIEW: SARAH WELTECKE

Gibt es die russische Mafia wirklich oder ist es ein Klischee?

Die russische Mafia existiert. Aber niemand läuft mit einem Maschinengewehr durch die Straßen und entledigt sich öffentlich seiner Feinde. Die Strukturen sind ausgeklügelt und größtenteils unsichtbar. Eine Gruppe kontrolliert den Menschenhandel, eine andere den Drogenhandel, die nächste die Baubranche. Und innerhalb der einzelnen Bereiche existieren strenge Machtvertikalen.

Und wer steht an der Spitze dieser Hierarchien?

Es gibt nicht mehr den typischen Verbrecher im himbeerfarbenen Jacket mit Goldkettchen und Maschinengewehr. Das heißt aber nicht, dass organisierte Kriminalität nicht mehr existiert. Die Mafia hat sich stark verändert. Sie hat begriffen, dass sie mehr Möglichkeiten hat, wenn sie sich tarnt. Telman Ismailow ist ein Beispiel für so einen moskautypischen Milliardär, dem ganz legal neben Hotels, Restaurants und Firmen im Baugewerbe auch das Gelände gehört, auf dem der Tscherkisow-Markt im Osten Moskaus beheimatet war. Dieser Umschlagplatz für Schmuggelware und Drogen wurde 2009 geschlossen.

Könnten die kriminellen Machenschaften ohne diese innere Machtvertikale nicht funktionieren?

Nein. Es muss Menschen geben, die illegale Ware verteilen und die Einnahmen kassieren. Die Einkünfte aus den kriminellen Geschäften müssen dann durch Geldwäsche in den Wirtschaftskreislauf rückgeführt werden. Und dann Ismailow zugespielt werden, der damit scheinbar legal neue Hotels baut.

Die Geldwäsche hat eine zentrale Stellung innerhalb dieses Prozesses?



Elena Panfilova ist Leiterin von Transparency International in Russland. Sie hat die russische Sektion im Dezember 1999 selbst gegründet. Elena Panfilova ist Absolventin der Lomonosow Universität in Moskau (Institut für politische Geschichte) und der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums. Seit 2009 ist sie Mitglied des «Rates für Zivilgesellschaft und Menschenrechte», der mit zahlreichen Kremlkritikern besetzt und Präsident Medwedew in beratender Funktion direkt unterstellt ist.

Ja. Illegale Einkommen, egal ob sie aus kriminellen oder korrupten Quellen stammen, müssen auf Konten transferiert werden, ohne dass die ursprüngliche Quelle des Geldes nachvollziehbar ist. Die Internationale Gemeinschaft hat relativ ausgereifte Instrumente entwickelt, gewaschenes Geld aufzufindig zu machen. Deshalb sind große Umwege über viele Konten und Köpfe hinweg nötig, um das Geld ins Ausland zu bringen. So landen schließlich die zusätzlichen Einkünfte eines korrupten Ministers und die Erträge aus dem Menschenhandel im Endeffekt auf den selben Konten.

Ohne korrupte Beamte könnte das ganze System nicht funktionieren?

Im Februar dieses Jahres schlug in den russischen Medien die Festnahme Iwan Nazarows Wellen. Er hatte im Umland von Moskau ganz offen 15 Kasinos betrieben,

obwohl das Glücksspiel seit vier Jahren in Russland verboten ist. Sein Geschäft mit den einarmigen Banditen blieb so lange unbehelligt, weil es Nazarow gelang, ein Schutzschild aus korrupten Polizisten und ranghohen Staatsanwälten aufzubauen.

Gibt es in Russland Leute, die sich gegen bestimmte Formen des organisierten Verbrechens wehren?

Niemand protestiert auf der Straße mit dem Slogan: Ich bin gegen organisierte Kriminalität. Die Menschen interessieren sich aber für diese Themen, denn für sie sind diese Akteure Verbrecher, die das halbe Land gestohlen haben. Es gibt Organisationen, die sich etwa gegen Frauen- oder Drogenhandel einsetzen. Die Menschen gehen gegen das vor, was sie konkret bedroht.

Was tut Transparency International, um den Staat zum Handeln zu bewegen?

Wir setzen uns derzeit zum Beispiel für ein Informantenschutzgesetz ein. Bisher gibt es zwar Zeugenschutzgesetze, aber was ist mit Menschen, die keine Zeugen im eigentlichen Sinne sind, aber wichtige Hinweise gesammelt haben? Immer wieder passiert es, dass diejenigen zum Opfer werden, die ihr Wissen über Korruptionsfälle und kriminelle Strukturen zur Verfügung stellen.

Haben Sie schon etwas erreicht?

Es wird wohl so schnell keine Gesetzesänderung geben, aber wir wollen eine öffentliche Debatte. Auch über Drogen- und Menschenhandel, über Geldwäsche und Korruption. Wenn die Regierung diese Themen nicht aufgreift, wird das nicht viel nützen. Aber zivilgesellschaftliche Akteure haben nun mal kein Recht, Gewalt anzuwenden, können niemanden gefangen nehmen und verurteilen. Das ist und bleibt Aufgabe des Staates. ■■■

Die organisierte Kriminalität hat längst auch in Deutschland Wurzeln geschlagen – mit besten Beziehungen zu Wirtschaft und Politik. Sie wächst und gedeiht – weil sie keiner ernst zu nehmen scheint.

KEIN SCHÖNER LAND

DEUTSCHLAND

VON JÜRGEN ROTH

Am 1. September 2009 trafen sich in Danzig der russische Premierminister Wladimir Putin und der bulgarische Ministerpräsident Boiko Borisow. Unter anderem ging es um gemeinsame Energieprojekte wie das Atomkraftwerk Belene, in das Russland über den Energiekonzern Gazprom investieren will. Und darum, dass Bulgarien endlich seine Zustimmung zur Erdgasleitung South-Stream geben soll. In den von WikiLeaks veröffentlichten Depeschen der US-Botschaft in Sofia wurde klargestellt, wie diese Gespräche im Detail verlaufen sind: Putin habe dem bulgarischen Ministerpräsidenten gedroht, dass sein Land «einen kalten Winter riskiere, wenn sich Borisow mit den Projekten nicht vorwärts bewege». Das ist klare Erpressung zur Sicherung der Macht eines Konzerns und damit ein wesentliches Element organisierter Kriminalität. Was dieses Beispiel mit Deutschland zu tun hat? Auch hier versucht Gazprom, den Markt zu beherrschen, und zwar mit tatkräftiger Unterstützung zum Beispiel unseres früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Das Beispiel zeigt, wie verkehrt es ist, die organisierte Kriminalität weiterhin nur im fernen Italien zu wähen. Sie wirkt längst über alle Grenzen hinweg, und es gibt sie seit langem auch in Deutschland. Die italienische Mafia, weil blutig und brutal bis zum Exzess, ist besonders medientauglich; organisierte Wirtschaftskriminalität läuft wesentlich unspektakulärer über die Bühne. Aber deswegen ist sie nicht weniger gefährlich.

Prinzipiell geht es den kriminellen Wirtschaftsunternehmen um zwei strategische Ziele: territoriale Herrschaft beziehungsweise Monopolstellung und Profitmaximierung. Insofern unterscheiden sie sich kaum von legal operierenden Unternehmen. Aber letztlich haben sie zum Ziel, genau diese zu zerstören. Sie bedienen zuerst

die illegalen Märkte und setzen dann das kriminell erwirtschaftete Kapital ein, um den freien Wettbewerb auszuschalten. Das ist vor allem im Energie- und Rohstoffsektor zu beobachten, der von der organisierten Kriminalität in Russland beherrscht wird.

Organisierte Kriminalität bedeutet also schon lange nicht mehr nur die Befriedigung einer Nachfrage nach illegalen Gütern und Dienstleistungen. Sie hat zur Folge – und das gilt auch für Deutschland –, dass die legale und die kriminelle Ökonomie mehr und mehr Teil eines einzigen Marktes werden; so, wie es bereits in vielen osteuropäischen Ländern seit langem der Fall ist. Aus dieser Interaktion entstehen die unterschiedlichsten Szenarien: Verflechtung und Komplizenschaft, Wettbewerb und Konflikt bis hin zur physischen oder juristischen Eliminierung von konkurrierenden Unternehmen oder Unternehmern. Sie findet insbesondere in den Ländern der ehemaligen UdSSR statt, aber ebenso in den neuen EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien.

Günther Schatz, Staatsanwalt aus dem bayerischen Kempten, einer friedlichen, ländlichen Region, sagt, dass in Deutschland ein «Partito» zu beobachten sei: «Partito ist die Teilhabe des Mafioso am geachteten sozialen Leben durch seine Beziehungen zu Trägern formeller Gewalt.» Dieses «Partito» bezieht sich keineswegs nur auf die bekannten italienischen Organisationen wie Cosa Nostra, Ndrangheta oder Camorra. Denn diese sind längst mit den wichtigsten internationalen kriminellen Vereinigungen verflochten: Dazu gehören die türkische und die russische Mafia, die chinesischen Triaden, die japanische Yakuza, die nigerianische und die albanische Mafia und insbesondere die kriminellen Organisationen der osteuropäischen Staaten. Sie alle sind, mehr oder weniger stark, auch in Deutschland präsent. Nicht zu vergessen die Hells Angels



↑ Skyline von Frankfurt am Main. «Deutschland ist inzwischen zu einem (...) florierenden Aktions- und Ruheraum für organisierte Kriminalität geworden, mit den Phänomenen wie Geldwäsche (...) Korruption, Subventionsbetrug, Schattenwirtschaft – Dingen, die man eigentlich in Italien vermutet hatte.» (Klaus Jansen, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter)

oder Banditos, also überwiegend von Deutschen organisierte kriminelle Banden. Zahlreiche Hinweise lassen darauf schließen, dass Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen Elite Deutschlands mit ihnen kooperieren, zum Teil unwissend, zum Teil aber auch ungeniert offen.

Die Mafia heute – das sind international agierende wirtschaftliche Vereinigungen, denen es von ihrem regionalen Standort aus gelungen ist, ökonomische Macht mit höchster krimineller Energie zu verbinden. Annäherung durch Verflechtung – das ist die strategische Ausrichtung der Mafia beziehungsweise der international organisierten Kriminalität. Alexander Alvaro, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und Fachmann für Rechts- und Sicherheitsangelegenheiten des Europäischen Parlaments, ist sich hingegen sicher, dass es «gerade in der Wirtschaft keine Mafiastrukturen gibt». Von Geldwäsche in Milliardenhöhe hat er wahrscheinlich noch nie gehört.

Keine Mafia in der Wirtschaft, nirgends?

In Osteuropa wie in Italien gehören bereits große Unternehmensbereiche kriminellen Organisationen. Diese Unternehmen werden genauso geführt wie ein florierendes «normales» Unternehmen, sonst könnten sie auf dem regionalen wie internationalen Wettbewerb nicht mithalten. In Deutschland ist es nicht besser, im Gegenteil: Im Baugewerbe, im Gaststättenbereich oder in Finanzinstitutionen herrscht die italienische, serbische und albanische Mafia ganz direkt, das heißt: Ihnen gehören diese Firmen bereits. Und in Europa hat die sogenannte russische Mafia längst den globalen Rohstoffmarkt im Griff – ob Nickel, Kupfer, Aluminium oder Erdöl,

in Teilen auch den Erdgasbereich. Und deutsche Unternehmen kooperieren auf sehr vielfältige Weise mit diesen Konzernen aus der früheren UdSSR.

Vor einiger Zeit wäre Opel um ein Haar unter den Einfluss einer russischen kriminellen Organisation geraten. Hätte der Deal mit den russischen Investoren im Jahr 2009 geklappt, wäre neben der Sberbank in Moskau der Oligarch Oleg Deripaska Mitbesitzer von Opel geworden. Er ist der Mehrheitseigner des maroden russischen Autokonzerns GAZ. Und der Oligarch gehört, laut Gerichtsurteil der 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Stuttgart vom 31. Mai 2010, der weltweit agierenden kriminellen Organisation Ismailovskaja an. Ein Kronzeuge sagte in dem Prozess (gegen fünf Angeklagte, die der Geldwäsche für die Ismailovskaja beschuldigt wurden) aus: «Oleg Deripaska war verantwortlich für die Aluminiumtransaktionen der Gruppe. Man kann auf jeden Fall sagen, dass er über die Morde und die Verfahrensweise der Gruppe Bescheid wusste.» Das Gericht zur Glaubwürdigkeit des Kronzeugen: «Die Kammer ist vom Wahrheitsgehalt der Angaben des Zeugen überzeugt.» Dieser Oligarch wäre also Mitbesitzer von Opel geworden, und niemanden in Deutschland (ob Regierung, Opposition, Gewerkschaft oder Medien) hätte das besonders gestört, weil hier ja Arbeitsplätze gesichert worden wären. Der Deal platzte alleine deshalb, weil General Motors dann doch weiter an Opel festhielt.

Die Mafia, die organisierte Kriminalität und die transnationale organisierte Wirtschaftskriminalität sind deshalb so erfolgreich, weil sie zwar allgemeingültige Regeln verletzen, aber gleichzeitig kraft ihrer finanziellen Macht gleichwertige Konkurrenz im globalen Wirtschaftssystem geworden sind. Und deswegen auch so gefährlich.

VOR EINIGER ZEIT WÄRE OPEL UM EIN HAAR UNTER DEN EINFLUSS EINER RUSSISCHEN KRIMINELLEN ORGANISATION GERATEN. NIEMANDEN HÄTTE DAS SONDERLICH GESTÖRT – WEIL ARBEITSPLÄTZE GESICHERT WORDEN WÄREN.

Aber in Deutschland besteht kein wirkliches Interesse daran, sie zu verfolgen. Keinen kümmert es zum Beispiel, was im fernen Rumänien geschieht – obwohl hier mit Händen zu greifen ist, wie verflochten die kriminelle und legale Ökonomie mittlerweile sind. Der Bundesnachrichtendienst schreibt im Jahr 2004: «Bei geplanten oder bereits durchgeführten Investitionen deutscher Firmen in osteuropäischen Unternehmen bzw. der Übertragung von Aufgaben an osteuropäische Subunternehmen – zur Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten unter Ausnutzung des dortigen niedrigen Steuersatzes – kann eine Mafiabeteiligung an diesen osteuropäischen Unternehmen nicht ausgeschlossen werden».

Mafia – nur eine Krake aus dem Mittelmeerraum?

In Bulgarien sind der hessische Flughafenbetreiber Fraport, überwiegend im Besitz der Steuerzahler, und die Deutsche Lufthansa ein Joint-Venture mit einer Tochtergesellschaft der TIM-Gruppe eingegangen. In einer Depesche der US-Botschaft in Sofia vom 7. Juli 2005 schreibt US-Botschafter James Pardew, dass genau diese TIM-Gruppe «die einflussreichste kriminelle Organisation in Bulgarien ist.»

Wie ist es möglich, dass ein international gesuchter Millionär aus Kasachstan, der über einhundert Millionen US-Dollar außer Landes nach Österreich schaffte, in Deutschland verschiedene Unternehmen aufkaufen kann – und kein einziger Staatsanwalt ein Interesse an der Aufklärung zeigt? Obwohl er über deutsche Firmen, unter anderem über eine Metallwarenfabrik in Nordrhein-Westfalen, einen Teil seines kriminell erworbenen Geldes gewaschen hat? Gegen ihn gibt es aus Kasachstan einen Haftbefehl, unter anderem wegen Mordes, Betrugs und Geldwäsche.

Es ist merkwürdig, dass in Deutschland in der Politik wie in den Medien beharrlich die These vertreten wird, die Mafia sei eine zu vernachlässigende Größe, ein lästiger Parasit in einer jungfräulichen Gesellschaft, eine Art Krake aus dem Mittelmeerraum. Es ist

höchste Zeit für eine Entmythologisierung des Begriffs «Mafia». Erpressung, Betrug, Raub, Bestechung, Bilanz- und Anlagebetrug, die Käuflichkeit von Politikern, Gewerkschaftsbossen und Bürokraten, Vetternwirtschaft und Ämterproporz: All das ist in Deutschland genauso präsent wie im Süden Europas. «Deutschland ist inzwischen zu einem (...) florierenden Aktions- und Ruheraum für organisierte Kriminalität geworden, mit den Phänomenen wie Geldwäsche (...) Korruption, Subventionsbetrug, Schattenwirtschaft – Dingen, die man so eigentlich nur in Italien vermutet hatte.» So schätzt Klaus Jansen, der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, die Lage ein. Und er steht mit dieser Analyse nicht allein da.

Sicher ist, dass ohne einen politisch wie gesellschaftlich günstigen Nährboden die Mafia weder existieren noch so rapide expandieren könnte, wie das in den vergangenen Jahren geschehen ist. Roberto Scarpinato, der Leitende Oberstaatsanwalt von Palermo, sagt, dass die Gefahr für Deutschland nicht darin besteht, dass diverse Mafia-Clans mit spektakulären Morden hin und wieder ihr Unwesen treiben. Sondern darin, dass Milliarden Euro krimineller Herkunft in die nationale Volkswirtschaft investiert werden – und damit den Staat schleichend und unauffällig unterwandern. ■■■



Jürgen Roth ist ein deutscher Journalist und Publizist und gilt als einer der bekanntesten Vertreter des investigativen Journalismus in Deutschland. In mehreren Büchern befasste er sich mit der Korruption in Politik und Justiz, so zum Beispiel in *Der Sumpf* (1995) oder in *Anklage unerwünscht* (2007). Ein «skrupelloses Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz» zeigt er auch im Buch *Der Deutschland-Clan* (2006) auf.

FLARE ist ein Netzwerk von Organisationen aus 25 europäischen Ländern, das sich dem Kampf gegen organisiertes Verbrechen verschrieben hat. Und dabei vor allem die Jugend ins Boot holen möchte. Ein Gespräch über Strategien und Erfolge mit Verena Zoppei, Projektkoordinatorin für FLARE in Berlin

«IRGENDWIE COOL»

INTERVIEW: ANA KEMLEIN

Verena Zoppei, Auslöser für die Gründung von FLARE im Jahr 2008 war das Massaker der italienischen Mafia in Duisburg 2007. Was will Ihre Organisation tun, um Verbrechen dieser Art in Zukunft zu verhindern?

FLARE will vor allem deutlich machen, dass von der organisierten Kriminalität eine große Gefahr ausgeht, auch, weil sich das Phänomen seit über zehn Jahren «globalisiert» hat. Wir versuchen deswegen, eine «legal culture», eine Kultur der Legalität zu fördern. Sie soll den Menschen Mut machen und ihnen auch das nötige Wissen vermitteln, um sich gegen Strukturen organisierter Kriminalität zur Wehr zu setzen und eine schärfere Gesetzgebung zu fordern.

FLARE kämpft also auch auf politischer Ebene?

Eines unserer Büros ist in Brüssel und hat genau die Aufgabe: Druck auf die Politik zu erzeugen, damit europaweit einheitliche Gesetze geschaffen werden. FLARE hat weitere Büros in Turin, in Serbien, in der Ukraine und in Paris, auch dort sind wir natürlich politisch aktiv.

Sie wollen vor allem auch die Menschen erreichen – wie tun Sie das?

Alle unsere Büros sind in verschiedene Abteilungen aufgeteilt: FLARE 21 arbeitet mit Jugendlichen zusammen und die Abteilung «Erinnerung» mit Betroffenen. Dann gibt es die Abteilung für Informations- und Wissensvermittlung und schließlich noch das Study-Center, das mit der Europäischen Kommission für ein ganz besonderes Gesetz kämpft: Es soll ermöglichen, dass konfiszierte Güter organisierter Kriminalität für soziale Zwecke verwendet werden dürfen. Dies ist natürlich auch ein hochpolitischer Kampf.



Verena Zoppei arbeitet als Juristin mit Schwerpunkt Internationales Recht. Zurzeit arbeitet sie ehrenamtlich in Berlin für FLARE und den Verein «Mafia? Nein, danke», der auch zum FLARE-Netzwerk gehört.

Sie sagen, Sie arbeiten auch mit den Betroffenen von organisierter Kriminalität – welches Ziel steht hinter diesem Projekt?

Die Abteilung «Erinnerung» versucht, die Geschichten von Betroffenen überall aus Europa aufzuschreiben und weiterzugeben, damit sie gelesen werden und nicht in Vergessenheit geraten. Der 21. März ist in Italien ein Gedenktag für die Opfer organisierter Kriminalität und ein nationaler Feiertag. Wir wollen, dass dies ein europäischer Tag wird und bereits vom nächsten Jahr an auch in Brüssel begangen wird.

Können Sie anhand eines aktuellen Projektes mehr über die Arbeit von FLARE erzählen?

Zum Beispiel hatten wir eine «Summer School» in Süditalien – eine ganze Woche voller Vorlesungen über organisierte Kriminalität, Finanzen, die Finanzkrise und über «white-collar crime». Mehr als 80 Studentinnen und Studenten aus Italien, Frank-

reich, Deutschland, Belgien und Dänemark nahmen teil. Die Arbeit von FLARE sieht in jedem Land anders aus: In Italien konzentrieren wir uns auf die Verwendung von konfiszierten Gütern, in Deutschland auf Geldwäsche, in Russland auf Menschenhandel, in Holland auf Drogenhandel und so weiter.

Was unterscheidet den Ansatz von FLARE von anderen Netzwerken?

FLARE versucht, die Jugend mit in den Kampf gegen organisiertes Verbrechen einzubeziehen. Wir wollen eine «alternative Kultur» schaffen, damit die Jugendlichen erkennen, dass sie die reizvollere ist, auch wenn die organisierte Kriminalität unter anderem mit schnellem Geld winkt. Wir haben zum Beispiel eine Website geschaffen, die hell, freundlich und irgendwie cool ist. FLARE steht für einen anderen Lifestyle als die organisierte Kriminalität. Unsere Zielgruppe sind vor allem junge Studenten. Sie sind die zukünftigen politischen Entscheidungsträger, aber sie können auch bereits jetzt aktiv werden und Druck auf lokale Institutionen ausüben.

Eine Gesellschaft ohne organisierte Kriminalität – ist das der Traum von FLARE?

Es wird immer Kriminalität in jedem Land geben. Aber FLARE kämpft dagegen, dass die Grauzone zwischen organisierter Kriminalität und der legalen Ökonomie immer größer wird. Letztere ist sehr anfällig für das Geld und die Macht der organisierten Kriminalität. Aber zu Ihrer Frage: Die Gesellschaft, von der FLARE träumt, ist eine Gesellschaft, in der Menschen zumindest entscheiden können, ob sie Teil der organisierten Kriminalität werden oder ein freies, legales und demokratisches Leben führen wollen. ■■■

Organisierte Kriminalität bei uns? Nicht doch.
Ein Appell gegen die Strategie des Schweigens und Verschweigens

OMERTA IN DEUTSCHLAND

DEUTSCHLAND

VON RAINER NÜBEL

Mexiko ist weit, Afghanistan ist weit, Russland ist weit. Weit weg von Deutschland erscheint vielen auch das brisante Phänomen, das sich in diesen und vielen anderen Ländern längst festgesetzt hat. Organisierte Kriminalität (OK) gibt es auch in der Bundesrepublik, ja: So weit wird die Realität von Seiten der Politik, führender Ermittlungsbehörden und der Medien inzwischen wahrgenommen und bestätigt. Doch wie präsent sie ist und wie gefährlich für das Gemeinwesen, das wird nach wie vor allzu gern relativiert. So musste es erst einen Sechsfachmord der Ndrangheta in Duisburg geben, bis die jahrelange beschwichtigende Darstellung, Deutschland sei nur Rückzugsraum von Gruppen organisierter Kriminalität, als Legende entlarvt war.

Und trotz des Blutbades im Sommer 2007 spielen manche Landeskriminalämter die Brisanz des Problems organisierter Kriminalität immer noch herunter. Ein Beispiel: 2010 wurde im Rahmen eines milliarden schweren Geldwäsche-Falls publik, dass die Ndrangheta in Deutschland Wahlzettel von ihrer Klientel gesammelt und gefälscht hatte, um den von ihr abhängigen Politiker Nicola Di Girolamo aus der Berlusconi-Partei in den römischen Senat zu hieven. Stellungnahmen von Polizeibehörden, besorgte Kommentare aus der deutschen Politik? Fehlanzeige. Diese Strategie des Schweigens und Verschweigens fällt inzwischen auch im Ausland auf. «Omerta auf Deutsch», titelte 2010 das französische Magazin *L'Express* bissig einen Bericht über die Mafia in Deutschland. Die Journalisten hatten bei ihrer

KRITISCHE POLI-
ZISTEN, BESORGT
FRAGEN AUS DER
DEUTSCHEN
POLITIK?
FEHLANZEIGE!

Recherche den Eindruck gewonnen, dass es in Allemagne ein Schweigegelübde gebe – bei den zuständigen Ermittlungsbehörden.

Mexiko ist nah, Afghanistan ist nah, Russland ist nah. Und all die anderen Staaten, die aus deutscher Sicht so gern als «klassische» Länder der organisierten Kriminalität gesehen werden. Expertisen des Bundeskriminalamts (BKA) oder des Bundesnachrichtendienstes (BND) aus den vergangenen Jahren zeigen eindeutig: In Deutschland, bei uns, gibt es längst dieselben Deliktbereiche der organisierten Kriminalität wie in den «klassischen» OK-Ländern – Waffen- und Drogenhandel, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zigaretzenschmuggel, Schutzgelderpressung, Geldwäsche, Terrorfinanzierung. Aus den Berichten der Behörden geht auch unmissverständlich hervor, dass sich OK-Gruppen vernetzt haben, dass die organisierte Kriminalität transnational agiert, grenzenlos. So stellte der BND schon 2006 in einer vertraulichen Studie zur Ndrangheta fest: «Längst sind länderübergreifende Kooperationen mit anderen Strukturen der organisierten Kriminalität nicht mehr Ausnahme, sondern Regel.»

Und die deutschen Experten wissen längst, dass die internationalen Netzwerke der organisierten Kriminalität, ob aus Italien, Russland, China oder Südamerika, keine archaisch strukturierten Banden mehr sind – sondern riesige Wirtschaftsunternehmen, globale Konzerne. Deren kriminelle Protagonisten agieren in Anzug und Krawatte, als Manager der organisierten Kriminalität bringen sie die schmutz-



← Als Mafiamorde von Duisburg ging die Bluttat des 15. August 2007 vor einem italienischen Restaurant in Duisburg ein, bei der sechs Menschen erschossen wurden.

Es handelte sich damals um eine Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Clans der kalabrischen Mafia 'Ndrangheta. Der vermutliche Haupttäter wurde im März 2009 in Amsterdam von einer internationalen Ermittlergruppe gefasst.

zigen Milliarden weltweit in Umlauf, um sie zu waschen. In Geldtransfers oder Geschäften mit der legalen Wirtschaft, die durch die Globalisierung der Finanz- und Wirtschaftswelt immer und überall laufen können. Allein der Gesamtumsatz aller italienischen Mafia-Organisationen, so der BND im Jahr 2006, bezifferte sich auf 100 Milliarden Euro jährlich. Die Geldwäsche werde verstärkt in Europa sowie weltweit betrieben.

Beinahe folkloristisches Flair

Und sie läuft auch und besonders in Deutschland, vor der eigenen Haustür. Wie nah die organisierte Kriminalität ist, wie tief sie mitunter schon den Alltag bei uns durchdrungen hat, zeigt in skurriler Weise der Dialog zwischen einem Mafioso in Stuttgart und seinem Clan-Chef, den italienische Ermittler vor einiger Zeit belauscht haben: Ob er das Haus in einer bestimmten Straße kaufen solle, fragte der Mafioso. Der Boss antwortete wütend: «Mensch, uns gehört doch schon die ganze Häuserzeile.» Es gibt immer noch viele Bürger – und auch Medien –, die derartige Vorgänge wie Filmszenen betrachten, als Fiktion, mit einem Hauch des «Paten», fast mit einem folkloristischen Flair.

Der freie Markt, das hat spätestens die globale Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch gezeigt, kontrolliert sich selbst kaum oder gar nicht. Davon profitiert die transnationale organisierte Kriminalität sehr stark, das hat ihre weitgreifende Expansion ermög-

licht und beschleunigt. In allen Staaten, auch in Deutschland. Die Beiträge in diesem Heft haben eines jedoch deutlich aufgezeigt: Sie kann sich in jenen Ländern besonders erfolgreich festsetzen, die politisch instabil sind, die ihre Kontrollmacht und -aufgabe zu lasch ausüben, deren Gesetze zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität defizitär sind oder nicht konsequent genug angewandt werden – und in denen die Strafverfolgungsbehörden sich dem Problem nicht bewusst und engagiert genug stellen.

Deutschland, so betonen Politiker/innen gerne, sei eine stabile und wehrhafte Demokratie. Also ist dieser Staat, so der Schluss, auch wehrhaft und wachsam, was die globale organisierte Kriminalität angeht. Doch das ist, wenn überhaupt, nur die halbe Wahrheit. Fakt ist: Seit Deutschland sich dem von den USA 2001 erklärten «Krieg gegen den Terror» angeschlossen hat, leidet die OK-Bekämpfung allein schon an personell-finanziellen Defiziten. Die Verfolgung radikaler, gewaltbereiter Islamisten steht im Vordergrund. Auch in rechtlicher Hinsicht. Häufig greift der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, häufig wird dieser Straftatbestand angewandt. Ein durchaus wirksames Mittel, wie jüngere Islamisten-Verfahren zeigen. Mafia-Ermittler beklagen indes, oft hinter vorgehaltener Hand, dass der Straftatbestand der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als Hebel zur OK-Bekämpfung zu selten genutzt werde. Obwohl hinter bestimmten Delikten die Mafia stehe und nicht etwa nur einzelne, für sich agierende Drogenhändler.



↑ Gerichtsverhandlung am 14. April 2010 in Locri, Italien, gegen Giovanni Strangio, Mitglied der 'Ndrangheta und Boss des Massakers in Duisburg 2007

Deutschland – ein Paradies für Geldwäscher

Besonders gravierend ist jedoch ein Defizit, das beträchtliche Zweifel an einer konsequenten Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Deutschland aufkommen lässt: Das Geldwäschegesetz stellt Ermittler gegen Netzwerke organisierter Kriminalität per se schon vor schwere Hürden. Sie müssen erst die kriminelle Vortat nachweisen, die zur Geldwäsche führt. Gerade bei inzwischen transnational agierenden OK-Organisationen ein äußerst schwieriges Unterfangen. Hinzu kommt aber: Deutschland hat die bereits seit vielen Jahren bestehende Geldwäscherichtlinie der Europäischen Union bis heute faktisch nicht umgesetzt. Betreiber von Spielbanken, ein Dorado für mafiöse Geldwäscher, sind zwar schon länger verpflichtet, genau hinzusehen und Anzeigen wegen des Verdachtes der Geldwäsche zu erstatten, wenn Spieler am Roulettetisch mit großen Summen agieren. Die Realität sieht aber ganz anders aus, wie regelmäßig die Berichte der Financial Intelligence Unit (FIU) des Bundeskriminalamts dokumentieren: Anzeigen von Casinos gingen nur in verschwindend kleiner Zahl an Ermittlungsbehörden. Dabei zeigen entsprechende Listen in Spielbanken wie Baden-Baden aus früheren Jahren, dass Mafiosi mit hohen Summen aufgefallen waren. Ergo: Bundesländer, die von staatlichen Casinos eine opulente Abgabe erhalten, haben jahrelang auch von schmutzigen Geldern profitiert.

Derweil sind Immobilienmakler und Versicherungsagenten von einzelnen Bundesländern erst jetzt zur intensiveren Kontrolle verpflichtet worden. In

Baden-Württemberg etwa fällt die Landesregierung pikanterweise erst Ende 2009 den entsprechenden Beschluss, als der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger unmittelbar vor seinem Wechsel als EU-Kommissar nach Brüssel stand. Kein Wunder also, dass die OECD die Bundesrepublik im Jahr 2010 für ihre zu lasche Bekämpfung von Geldwäsche gerügt hat.

Die transnationale organisierte Kriminalität wird nicht erst dann gefährlich, wenn Mafiamorde geschehen. Sie agiert primär hinter den Kulissen dieser Gesellschaft, sucht den Einfluss auf zentrale Bereiche des Staates, auch die Politik – was die Mafia in ihren Stammländern strategisch mache, spiegele sie im Ausland, sagen Experten wie der italienische Duisburg-Chefermittler Nicola Gratteri. Die transnationale organisierte Kriminalität nutzt die wirtschaftliche Struktur in Deutschland genauso wie die Defizite in ihrer Bekämpfung. Fakt ist, dass dieses Land ein Operationsraum verschiedenster Organisationen ist. Und ein Paradies für mafiöse Geldwäscher, solange nicht konsequent dageengehalten wird. All diese Strukturen bedrohen eine Demokratie.

Entscheidend ist daher, dass verantwortliche Politiker/innen, Polizeibehörden und auch Teile der Medien die eigene «Omerta» durchbrechen. Damit auch in der Bevölkerung das Bewusstsein für dieses brenzlige Problem wächst und damit die wehrhafte Demokratie nicht zur wehrlosen Demokratie mutiert. ■■



Rainer Nübel ist seit 2000 Mitglied der Reportageagentur Zeitspiegel und Mitarbeiter des Magazins *stern*, Co-Autor mehrerer Sachbücher, darunter *Wir können alles*, dafür 2008 ausgezeichnet als «Journalist des Jahres» in der Kategorie Regionale Autoren, Lehrbeauftragter an zwei Hochschulen in Baden-Württemberg.

Mexikanische Filmemacher haben ein neues Selbstbewusstsein entwickelt und zeigen, was die Menschen wirklich bewegt. Sie spiegeln die Korruption und organisierte Kriminalität in ihrem Land – und sind zugleich selbst davon betroffen.

MENSCHENSKINO

MEXIKO

VON NINA MIKOLASCHEK

In Mexiko leben Medienschaffende besonders gefährlich. Laut Reporter ohne Grenzen sind Medien, Korruption und Politik sehr stark miteinander verwoben, und so überlegen es sich Filmemacher wie auch Journalisten wohl mehrmals, wie groß ihr Mitteilungs- oder Aufklärungsbedürfnis wirklich ist. Und vor allem, wem sie damit auf die Füße treten könnten.

Den Filmemachern wurde die Entscheidung lange Zeit abgenommen, und zwar von der sogenannten «Supervisión», der mexikanischen Zensurbehörde, sowie der staatlichen Filmanstalt Imcine und dem Kulturinstitut Conaculta. Inhaltlich wie finanziell wurden die Produktionsfirmen stark kontrolliert und mussten viel Kreativität einsetzen, um neue Wege für Produktion und Vertrieb zu finden. Aufführungsverbote, rigorose Eingriffe in das Drehbuch oder die Realisierung der Filme waren keine Seltenheit und erfolgten auf direkten Befehl der regierenden Partei. Was dann auf mexikanischen Leinwänden zu sehen war, hatte mit der Realität nicht mehr viel zu tun.

Der neue Realismus im Gegenwartsfilm

So ist nachvollziehbar, dass sich die Filmemacher in Mexiko wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern eher den trivialen Themen widmeten und nur zaghaft an der Oberfläche kratzten. Mittlerweile haben sie aber ein neues Selbstbewusstsein entwickelt und zeigen endlich, was das Land wirklich bewegt. Die Rede ist von einem «neuen Realismus im mexikanischen Gegenwartsfilm», der tabuisierte Probleme wie einen korrupten Beamtenstab und das organisierte Verbrechen offenlegt.

Den Meilenstein dieser Bewegung legte der mexikanische Regisseur Luis Estrada. Mit seinem Film «La Ley de Herodes» (1999) gelang ihm, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, obwohl der Film anfangs verboten worden war und die Aufführung kurz vor den Präsidentschaftswahlen aufgrund von «technischen Defekten» verhindert wurde. Dabei war die Wahl des Genres Komödie der Schlüssel zum

Massenpublikum, das nach Unterhaltung verlangte. Der Film aber kritisierte die Korruption wie kein anderer mexikanischer zuvor und nannte sogar die bis dato regierende Partei PRI und ihre Mitglieder beim Namen – als festen Bestandteil eines sich selbst erhaltenden korrupten Systems. Das hatte sich bis dahin noch niemand getraut – Ansätze waren bereits im Keim erstickt worden.

Dass in ihrem Land so einige Landsleute korrupt sind, wissen die Mexikaner wohl nicht erst, seit sie «La Ley de Herodes» gesehen haben. Der Regisseur gestaltete die unterhaltsame Persiflage über Korruption aber so, dass ihre Ursachen und Wirkungsweise deutlich werden und sie als strukturelles Problem der Gesellschaft erkennbar wird. Eine allgegenwärtige, aber unsichtbare Maschinerie bekommt bei Luis Estrada auf einmal Gesichter und Namen. Korruption wird transparent, und das auf der großen Kinoleinwand, weltweit. Der Zuschauer lacht. Er tappt sich selbst und ist schockiert.

Dieser Fokus des Nuevo Cine Mexicano auf die Realität spiegelt sich auch in einer neuen Ästhetik wieder, die auf den internationalen Festivals glänzt: Sie spielt mit musikalischer Unterhaltung, raffinierten Schnitten und Kameraeinstellungen. Erfolge à la «Amores Perros» (2000) und «El crimen del Padre Amaro» (2002), die beide für den Oscar nominiert waren und Rekorde einspielten, scheinen diese Entwicklung zu bestärken. Und die Filme von Carlos Carrera «Cero y van 4» (2007) und «El traspaso» (2009) zeigen Gewalt, Korruption und organisierte Kriminalität mittlerweile sogar unverhohlen und unverhüllt. Eine bemerkenswerte Entwicklung. Jedoch müssen die Cineasten nach wie vor gegen Zensur ankämpfen, um das Publikum zu erreichen, wie der neue Film «El infierno» (2010) von Luis Estrada zeigt. Mit einer sarkastischen Aufschrift weist das Filmplakat auf das Problem hin: «CENSURADO ... POR CRITICAR ... EL CRIMEN ORGANIZADO». Dieser Film wurde zensiert, weil er das organisierte Verbrechen kritisiert. ■■■



Nina Mikolaschek studiert den Master «Kulturwissenschaft» an der Humboldt-Universität zu Berlin in Kombination mit dem Master «Interdisziplinäre Lateinamerikastudien/Schwerpunkt Transformation und Entwicklung» der Freien Universität Berlin. Dabei befasst sie sich v.a. mit Grenzen und Möglichkeiten der Medien in Lateinamerika und damit, wie diese für die gesellschaftliche Entwicklung genutzt werden können. Sie ist im Bereich Kulturmanagement und Filmproduktion tätig, arbeitet u. a. für das Internationale Filmfestival für Menschenrechte in Berlin und den Deutschen Filmpreis.

Böll.Thema 3/11

Grenzenlos Illegal – Transnationale organisierte Kriminalität

«Mexiko ist nah, Afghanistan ist nah, Russland ist nah. Und all die anderen Staaten, die aus deutscher Sicht so gern als «klassische» Länder der organisierten Kriminalität gesehen werden. Expertisen des Bundeskriminalamts (BKA) oder des Bundesnachrichtendienstes (BND) aus den vergangenen Jahren zeigen eindeutig: In Deutschland, bei uns, gibt es längst dieselben Deliktbereiche der organisierten Kriminalität wie in den «klassischen» OK-Ländern – Waffen- und Drogenhandel, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zigarettenschmuggel, Schutzgelderpressung, Geldwäsche, Terrorfinanzierung.»

Rainer Nübel

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionel-

len politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 28 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de



Mit Acrobat / Reader kommentieren

Wenn umfangreiche Publikationen als PDF am Bildschirm gelesen und der Austausch über das Internet erfolgen soll, kann das Kommentarwerkzeug von Adobe Acrobat/Reader eine wertvolle Hilfe sein.

Mit dem **Kommentarwerkzeug** kann in PDF-Dateien ähnlich wie auf einer gedruckten Papiervorlage markiert, redigiert und kommentiert werden. Bei umfangreichen Dokumenten entsteht nebenbei im Kommentare-Fenster eine **persönliche Navigation im Kommentare-Fenster**



Das **Notizwerkzeug** ist am gebräuchlichsten. Geöffnet besteht es aus einem Fenster in das Text geschrieben oder über die Zwischenablage einkopiert werden kann. Solche Notizfenster gehören auch zu fast allen anderen Kommentar-Werkzeugen hinzu.



PDF-Kommentare können mit dem Button „**Kommentar senden**“ vom Dokument getrennt, per E-Mail verschickt und vom Empfänger in die eigene Fassung der Datei **importiert werden**

Wenn Sie einen solchen **Kommentar beantworten** wollen, benutzen Sie die Antwortfunktion: Mit der rechten Maustaste auf den Kommentar klicken, *Antworten* wählen.

Nebstehend ein Ausschnitt des Werkzeug-Fenster, mit dem man im Menü *>Werkzeuge >Werkzeugleiste anpassen* die Kommentartypen für den eigenen Bedarf auswählt. Die Haken zeigen eine Werkzeug - Auswahl.



Das **Hervorhebe-Werkzeug** eignet sich **wie auf dem Papier** für das Hervorheben kurzer Textstellen.



Mit dem **Rechteck-Werkzeug** kann man größere Abschnitte zum Austausch markieren. Bei Acrobat (nicht im Reader) kann man in den Grundeinstellungen festlegen (Strg+K, K), dass umrandete oder markierte Texte in das zugehörige Kommentarfeld kopiert werden. Mit Acrobat kann man so Textauszüge herstellen. (Im Kommentare-Fenster bei *> Optionen* mit der Funktion *Kommentare zusammenfassen*.)



Datei als Kommentar anhängen, ermöglicht das Einfügen einer extra Datei, z.B. eines gescannten Zeitungsausschnittes zum Thema.



Mit dem **Stempelwerkzeug** und der Auswahl **Bild aus der Zwischenablage als Stempel einfügen** können Bildinhalte eingefügt und anschließend mit einem zugehörigen Kommentar versehen werden.



Kommentieren und markieren-Werkzeugleiste

- ☒ Notiz
- ☒ Textbearbeitung
- ☒ Stempel-Werkzeug
- ☒ Hervorheben-Werkzeug
- ☒ Unterstreichen-Werkzeug
- ☒ Durchstreichen-Werkzeug
- ☒ Datei als Kommentar anhängen
- ☐ Audiokommentar aufzeichnen
- ☒ Legenden-Werkzeug
- ☒ Textfeld-Werkzeug
- ☐ Kommentarwolken-Werkzeug
- ☒ Pfeil-Werkzeug
- ☐ Linien-Werkzeug
- ☒ Rechteck-Werkzeug
- ☐ Kreis-Werkzeug
- ☐ Polygonlinien-Werkzeug
- ☐ Polygon-Werkzeug
- ☐ Bleistift-Werkzeug
- ☐ Radiergummi-Werkzeug
- ☒ Einblenden
- ☒ Kommentare senden
- ☒ Online-Verbindung wiederherstellen